



ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

# TATblatt

Projekt  
Zweitageszeitung

alle 14 Tage  
brandaktuell

MINUS 53 NUMMER

(5/91)

12. März 1991

PREIS: öS 10,—

## Westsahara: 15 Jahre Wüstenkrieg

Am 27. Februar war der 15 Jahrestag der Ausrufung der D.A.R.S., der selbstbestimmten Westsahara. Es waren 15 Jahre des Widerstands und des Lebens in provisorischen Zeltstädten mitten in der Wüste, unter dem ständigen Druck der Besatzungsmacht Marokko, das nicht zuletzt in den USA eine wichtige Unterstützung seiner kolonialen Politik gefunden hatte. *Ab Seite 3*



### "Nationalitätenkonflikte" in der UdSSR

Die Nationalitätenkonflikte in der SU sind keine Folge der Demokratisierung. Hier bricht kein "alter Hader" und auch kein vom stalinistischen Terror verdeckter Haß auf, zumindest nicht in erster Linie.

*Ab Seite 14*

### Kurdistan: Unterdrückung ohne Ende

Nicht genug damit, daß das kurdische Volk in seinem Gebiet massiv bekämpft wird, auch der "freie" Westen und Österreich als ein Teil davon, mischen kräftig mit. Hyssein Balkir von Abschiebung massiv bedroht.

*Näheres ab Seite 5*

### TATblatt-Fest (verschoben!!)

Musik, Gaudi und Tanz  
am

Fr. 29.3.91 ab 19h im  
EKH (1100 Wien, Wie-

landgasse 2-4)

mit Live-Bands+Live-Buffer

# Bekenners Innenschreiben

(anonym)

wir haben in der nacht von so, den 24. 2. auf mo, den 25. 2. einen linienbus der österreichischen bundesbahnen in wien-hütteldorf angezündet.

warum?

die ÖBB haben 103 berge-panzer aus der BRD in richtung arabischer raum transportiert. klarerweise ist das ne unterstützung für die kriegsführung der USA und ihrer verbündeten.

die, die heute den irak im namen von "freiheit" bombardieren, haben das irakische regime erst stark gemacht. waffen geliefert (und dran verdient), ganze industrie-werke mit technischem personal und know-how ausgerüstet (auch für die produktion von giftgas).

der irak will seinen machtbereich erweitern. er will sich nach dem verlorenen krieg gegen den iran wirtschaftlich sanieren. das gerede um die solidarität mit dem palästinensischen volk soll den irakischen staat in der arabischen region als führungsmacht etablieren. dabei geht es wohl nicht um die durchsetzung des selbstbestimmungsrechts der völker.

die besetzung kuwaits ist aber nicht der grund, sondern beliebiger anlaß für den angriff der USA und ihrer verbündeten auf die arabische bevölkerung.

beim golfkrieg geht es um eine "neue weltordnung". es geht darum, klarzustellen, welcher staat welche gebiete und menschen ausbeuten darf. es ist auch ein verdeckter krieg zwischen den USA (weil die wirtschaftlich so am sand sind) und der BRD

bzw Japan. die BRD/Japan-konzerne haben bessere voraussetzungen, sich osteuropa und die SU unter den nagel zu reißen. da müssen die USA schon mal entschieden zeigen, daß sie die militärische vormachtstellung haben. der krieg liegt nicht an einem "bösen Bush" oder einem "bösen Saddam", sondern an der dynamik der konkurrenz der kapitalen untereinander.

da drin sind der österreichische staat und das österreichische unternehmertum nicht neutral, waren es nie und werden es auch nicht werden, wenn wir es von ihnen wollen. die wollen ja mitschneiden an dem kuchen, um den es im golfkrieg geht. die wollen ihren platz in der "neuen weltordnung". die reden schon davon, noricum-kanonen nach saudi-arabien zu verkaufen. am "wiederaufbau" der region wirds auch einiges zu verdienen geben. drum ist es auch absurd, zu fordern, österreich soll neutral "bleiben". das heißt nichts anderes, als "wir wollen da nicht reingezogen werden, wir wollen UN-SERE ruhe".

klar, schon der weltweite normalzustand hat nichts friedliches an sich. nur merkens viele hier nicht. die meisten sehen hier über ihre ausbeutung und die öde ihres lebens hinweg im tausch für wohlstand, sicherheit und "frieden". die mehrheit der bevölkerung der sogenannten dritten welt zahlt den preis dafür.

die, die hier um 30 schilling in der stunde hakeln; die, die kein asyl bekommen und wieder abgeschoben werden; die, die hier in den gefängnissen sitzen; die haben eine ahnung davon, daß auch der normalzustand kein frieden ist. klar, kapitalismus heißt

mörderische konkurrenz.

der golfkrieg findet nicht nur im arabischen raum, sondern auch hier statt. hier ist das hinterland, hier ist die notwendige infrastruktur für den nachschub von waffen und soldaten. und hier gibt es vielerlei niederlassungen von firmen, die dran verdienen. auch hier kann gehandelt, eingegriffen werden. mit dem anschlag auf die westbahnstrecke wurde versucht, den transport der berge-panzer zu verhindern. mit dem mißglückten anschlag auf BP-austria wurde versucht, eine der größten erdölfirmen zu schädigen.

klar ist, daß unsere handlungsfähigkeit begrenzt ist. daß es ziemlich unwahrscheinlich ist, daß wir z.b. verhindern können, daß kriegsmaterial durch österreich transportiert wird.

aber auch für uns gilt, daß es keine neutralität geben kann. wir stehen auf der seite jener, die die kosten dieses krieges tragen; den "zivilopfern"; dem kurdischen volk; dem palästinensischen volk; der britischen arbeiterklasse, die mit der polltax-steuer die kosten für die waffenproduktion übernehmen soll;

unterdrückung, ausbeutung und krieg sind nichts, was uns "passiert", wo wir willenlose opfer drin sind.

die widersprüche in die festung europa tragen!

wir stehen in diesem krieg auf der seite von keinem staat!

krieg dem krieg überall! ●

**Folgende Anschlagserklärung erreichte uns aus Dänemark (von uns übersetzt):**

## Krieg dem Krieg!

\* Als ein Teil eines internationalen Widerstands und Aktionstages gegen die USA und NATOs Golfkrieg legten wir heute Nacht, den 15. 2. 91, eine Brandbombe bei dem dänischen Zweig des französischen CITROEN-Konzerns (Backersvej 17 Copenhagen).

Unser Anschlag ist im Zusammenhang mit dem militärischen Engagement Frankreichs im Golfkrieg zu sehen.

Die CITROEN-Werke sind ein wichtiger Teil der französischen militär-industriellen Waffenproduktion, die zur Zeit im Krieg gegen den Irak verwendet wird.

\* Die UN-Hungerkampagne und die USA/NATO-Terrorbombardierung gegen die irakische Bevölkerung machen es notwendig, einen umfassenden und vielseitigen Widerstand gegen den Krieg zu entwickeln,

genau hier, in ihrem eigenen Hinterland:

Jeder, welche Profit macht aus und/oder teilnimmt an diesem barbarischen Krieg, soll durch KriegsgegnerInnen attackiert werden, auf die eine oder andere Art!

- USA und NATO raus aus dem Golf!  
- NEIN zu einer internationalen, von EG-, USA- und israelischen Lobby dominierten, Konferenz über den Mittleren Osten. Eine solche Konferenz ist nicht mehr, als die EG-"Alternative" zum militär-politischem Kurs der USA!

Die echte Alternative ist:

- Bedingungslose Unterstützung des Kampfes des kurdischen und des palästinensischen Volkes um Unabhängigkeit!  
- Unterstützung jeder Initiative zur Re-

volte, die von arabischen, iranischen und türkischen Menschen kommt! Gerichtet gegen deren diktatorisches Regime!

- Solidarische Grüße an die gefangenen französischen GenossInnen der Action Directe, die seit dem 2. 1. 91 im Hungerstreik sind, um für die Abschaffung der Isolationsfolter und die Zusammenlegung in Gefängnis-Kollektive zu kämpfen!

Widerstand! Kein ruhiges imperialistisches Hinterland!

"Ein Land, das ein anderes unterdrückt, kann niemals selbst frei sein." (Rosa Luxemburg)

Die Gruppe Krieg gegen Krieg ●

# Die Wüste lebt

Am 27. Februar waren es 15 Jahre der "Unabhängigkeit", der von den Sahrauis und ihrer Befreiungsfront POLISARIO ausgerufenen Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS). Ein Jahr zuvor besetzte Marokko das in zwei Provinzen geteilte Land. Die meisten EinwohnerInnen der Westsahara flohen, und leben heute noch in provisorischen Zeltstädten in der Wüste. Die 30 - 50 000 Verbliebenen leiden unter dem ständigen Druck der Besatzungsmacht Marokko.

## KURZE INFOS

### DAS LAND

Die Westsahara liegt an der Nordwestküste Afrikas. Sie hat eine Fläche von 266 000 km<sup>2</sup>. Im Norden grenzt sie an Marokko, im Nordosten an Algerien, im Osten und Süden an Mauretanien, im Westen an den Atlantischen Ozean. 100 km vor der Küste liegen die Kanarischen Inseln. Die Westsahara besteht aus 2 Provinzen: Sagiat el Hamra im Norden und Rio de Oro im Süden. Die Sagiat el Hamra umfaßt 82 000 km<sup>2</sup> und verfügt über Wasservorkommen, sodaß in den Senken der Geröllwüste Ackerbau betrieben werden kann. Der Hauptteil der sesshaften Bevölkerung konzentriert sich in dieser Provinz, in der sich auch die Hauptstadt El Ajun, ehemals spanische Garnisonsstadt (30 000 EinwohnerInnen), und die heilige Stadt Smara, historische Hauptstadt und religiöses Zentrum, heute zweitgrößte Stadt (7 000), Symbol des Widerstandes gegen die Kolonisierung, befinden.

Die südliche Provinz Rio de Oro nimmt mit 184 000 km<sup>2</sup> zwei Drittel des Territoriums ein. Wüstensteppe und Sandwüste bedecken weite Teile dieser Region.

Das dürre Wüstenklima ist durch extreme Temperaturunterschiede gekennzeichnet. Am Tag kann die Temperatur bis zu 50° Celsius erreichen, um dann, nach Sonnenuntergang, bis unter 10° Celsius zu fallen. Diese Temperaturunterschiede werden an der Küste durch den Einfluß des Atlantischen Ozeans gemildert.

Die Westsahara gehört zu den unter der Dürre leidenden Sahel-Ländern.

### DIE SAHRAUIS

- sind traditionell Nomaden, arabisierte Berber und Araber. Ihre Sprache ist Hocharabisch und ein lokaler Dialekt, das Hassanya. Ihre Religion ist der Islam. Sie lebten ursprünglich von Viehzucht (Dromedare, Schafe, Ziegen), Oasenlandwirtschaft, Fischfang und dem Karawanenhandel zw. Südmarokko und Mauretanien bzw. Senegal.

(TATblatt Wien, Unterlagen des Westsahara-Informationssdienstes, Südwind)

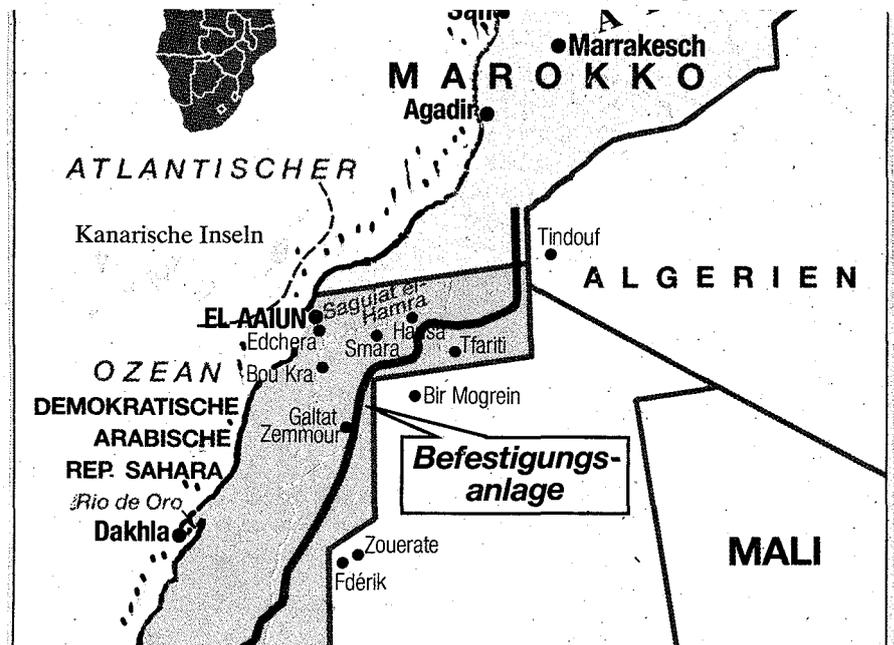
### DIE KOLONISIERUNG

Die Geschichte der Kolonisierung beginnt 1884. Seit damals hatte Spanien das Land besetzt gehalten. Im Jahr 1958 zwingt die Kolonialmacht einen großen Teil der Sahrauis, ihr NomadInnenleben aufzugeben und sesshaft zu werden, um sie so besser unter Kontrolle zu halten. Die spanische Armee tötet ihre Herden, zerbombt und vergiftet die Brunnen. Um zu überleben, flüchten Teile der Bevölkerung mit dem restlichen Vieh nach Algerien, Mauretanien und Marokko, andere finden in den wenigen Städten und ihren Slums Zuflucht. Nachdem daraufhin der Widerstand der zurückgebliebenen Sahrauis wieder aufflammt und sich die UNO und die Organisation zur Einheit der Afrikanischen Staa-

Truppen in der ehem. spanischen Kolonie einzumarschieren. "Der Grüne Marsch" soll den Marokkanern den fruchtbaren Küstenstreifen im Süden eröffnen. Es sind 150 000, die den Soldaten folgen. Die Sahrauis sind den einmarschierenden Truppen nicht gewachsen.

### 15 JAHRE LEBEN IM LAGER

Während Mauretanien 1979 mit den Sahrauis einen Waffenstillstand abschließt, eskaliert Hassan II den Konflikt. Die Bombenangriffe (u.a. auch mit Napalminsatz) vertreiben 100 000de. An der Grenze zu Algerien und auf algerischem Gebiet werden riesige Zeltlager oder besser: Zeltstädte errichtet. 500 000 bis 750 000 Menschen leben in diesen Provisorien. Von hier geht der Widerstand gegen die Marokkanischen Besatzer aus, hier lebt ein Volk ohne Land, im Bemühen einen Weg zu finden zwischen



ten (OAU) für Selbstbestimmung des Sahrauischen Volkes einsetzen, scheint Spanien bereit nachzugeben. Allerdings kommt es nicht zur Unabhängigkeit: Spanien "übergibt" 1975 in Verhandlungen das Land an Marokko und Mauretanien. Dafür behält es 35% der Ausbeute des größten Phosphatvorkommens der Erde, welches ca. 100 km im Inneren der Kolonie liegt. König Hassan II von Marokko sieht aber noch mehr "Vorzüge" in der Westsahara: Innenpolitische Schwierigkeiten werden durch den Hinweis auf den Feind von außen (die Sahuris) zusammen mit der Verheißung von Landbesitz vorerst kaltgestellt. Bald nach der Übergabe befiehlt er seinen

nomadischer Tradition und einem modernen Staat, demokratisch organisiert in Stammesföderationen und dem "Rat der Vierzig", der damit beauftragt war, Streitigkeiten zu schlichten und gemeinsame Probleme zu koordinieren. In den Zeltstädten entstehen Schulen, Krankenhäuser und soziale Zentren — mitten in der Wüste unter schwierigsten Bedingungen.

1976 ruft die POLISARIO, die "Volksfront zur Befreiung von Saguiat-el Hamra und Rio del Oro" (der beiden Provinzen der ehem. Westsahara) quasi im Wüstenexil die "Demokratische Republik" aus. Heute haben bereits 74 Länder die D.A.R.S. als eigenständigen Staat anerkannt, allerdings

mit dem Schönheitsfehler, daß es sich fast durchwegs um Länder der sog. "Dritten Welt" handelt. 1982 wird das Land als 51. Mitgliedsstaat in die OAU aufgenommen. Marokko verläßt die OAU daraufhin.

### EIN EWIGER BEFREIUNGSKAMPF

Parallel zu den Verhandlungserfolgen, wird die militärische Stärke der POLISARIO für Marokko immer bedrohlicher. Geschichte werden von ihnen auch die militärischen Erfolge genutzt, um im Westen um Solidarität zu werben und das Sahrauische Volk nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Bezeichnend ist die Geschichte einer österreichischen ParlamentarierInnendelegation, die die Sahrauis in einem der Lager in Algerien Anfang der 80er Jahre besuchte: Stolz zeigten die Sahrauis, die erbeuteten Panzer, die die POLISARIO kurze Zeit zuvor den Marokkanern abnehmen konnten. Daß es sich dabei um österreichische Kürassier-Panzer gehandelt hat, dürfte sogar den abgebrühtesten Parlamentariern ganz schön peinlich gewesen sein. Die marokk. Besatzungsmacht versucht die Lage durch einen seit 1980 bestehenden Plan in den Griff zu bekommen: Die in der Wüste lebenden Sahrauis sollen von ihrem Land abgeschnitten werden. Daß soll ein etwa 2 400 km langer Wall quer durch die Wüste bewerkstelligen. Tatsächlich stellt die "Mauer" aus Stacheldraht und Befestigungsanlagen für den Sahrauischen Widerstand ein ziemliches Problem dar, obwohl dennoch immer wieder Erfolgsmeldungen der POLISARIO durchdringen.

### EWIGE VERHANDLUNGEN

1985 beschließt die UNO abermals eine Resolution zur Westsaharafrage: Dabei wird dem Sahrauischen Volk das Recht zugestanden, über seine Zukunft in einem Referendum selbst zu entscheiden. Als König Hassan II von Marokko 1989 tatsächlich eine Sahrauische Delegation empfing, glaubten viele schon an ein Einlenken. Bald schon aber wurde klar, daß der marokkanische König auf Zeitgewinn setzt. Alle verbindlich vereinbarten Folgetreffen ließ er platzen, besteht auf der Anwesenheit seiner Truppen beim Referendum und auf eine Abwicklung des Referendums unter ausschließlich marokkanischer Aufsicht und bestätigt weiterhin: "Diejenigen, die sagen, daß die Sahara nicht marokkanisch ist, werden weiterhin in die Gefängnisse wandern." Gleichzeitig geht die Besiedlung der D.A.R.S. mit landlosen MarokkanerInnen weiter. Auch die im Land aufwachsenden sahrauischen Schüler sollen "marokkani-

siert" werden. Den sahurischen Frauen wird geboten einen Schleier zu tragen, was bei den Sahauris nicht üblich ist.

Eine der größten Fragen im Bezug auf das Referendum dürfte die Auslegung betreffen, wer eigentlich stimmberechtigt sei. Nach Plänen der UNO dürften es die 70 000 Sahauris sein, die bei der letzten Volkszählung (noch unter spanischer Kolonialregierung 1974 !) registriert wurden. Die Frente Polisario stimmte einem einseitigen Waffenstillstand sowie diesem Plan

trotz der niedrigen Zahl zu; anderenfalls befürchtet die Befreiungsbewegung, daß die marokk. Regierung unzählige in das Territorium umgesiedelte MarokkanerInnen als "Sauris" in die Wählerlisten einschleusen könnte. Der Marokkanischen Herrscher setzt allerdings sowieso alles daran, es zu überhaupt keinem Referendum kommen zu lassen. Für ihn ist ein Sahrauischer Staat unvorstellbar: "Die Unabhängigkeit wäre ein Krebsgeschwür für Mauretanien, Algerien und Marokko." ●



## MENSCHENRECHTE ? TOURISMUS-BOYKOTT!

Einbezogen in die Bemühungen Marokkos um den internationalen Tourismus wird auch eben diese besetzte Westsahara und eigentliches Staatsgebiet des Sahrauischen Volkes. Marokko, 'ein Land, das auf den Tourismus als eine bedeutende Quelle ausländischer Devisen baut', erlebt zur Zeit einen Boom. Die, durch den internationalen Tourismus eingenommenen Devisen liegen auf zweiter bzw. dritter Stelle der Gesamtdewiseneinnahmen Marokkos. Da werden Hotels aus dem Boden gestampft, Thermalbäder und Kongreßgebäude errichtet, für diverse Festivals und Kulturveranstaltungen gesorgt. Die EinwohnerInnen der besetzten Gebiete leisten Widerstand. Ihr Leben ist von dem marokkanisch forcierten Tourismuswahnsinn einer, ihr bisheriges (Zusammen-)Leben zerstörenden Abhängigkeit ausgeliefert. Hilfe! - aber wie: Touristische Reisen in das Königreich Marokko finanzieren durch Deviseneinnahmen den polizeistatlichen Unterdrückungsapparat, das Militär und damit den Krieg Marokkos gegen das Sahrauische Volk mit .

1975 marschierte die marokkanische Armee in die ehemalige spanische Kolonie Westsahara ein. Seitdem hält das Königreich Marokko das Land entgegen den Bestimmungen des Völkerrechts und

entgegen dem erklärten Willen der Vereinten Nationen besetzt. Seit der Invasion 1975 verletzen die marokkanischen Behörden systematisch und anhaltend die grundlegenden Menschenrechte des sahrauischen Volkes, der einheimischen Bevölkerung der Westsahara.

Sahrauis werden von den Angehörigen der marokkanischen Besatzungsmacht ohne Anklage und ordentliches Gerichtsverfahren lediglich aufgrund ihrer politischen Gesinnung verfolgt und verhaftet. Allein die entfernte Verwandtschaft mit AnhängerInnen der Frente Polisario, der Befreiungsbewegung des Sahrauischen Volkes, reicht für eine Verhaftung aus, von der auch Kinder, Frauen, Schwangere, Alte und Behinderte nicht verschont bleiben. Viele "verschwinden" in Geheimgefängnissen. Über ihr Schicksal verweigern die marokkanischen Behörden jede Auskunft. Von mindestens 806 "Verschwundenen" sind Ort und Datum der Festnahme dokumentiert, alle weiteren Spuren fehlen. Aus Berichten einzelner Freigelassener geht hervor, daß schwerste Folter, teilweise mit Todesfolge, in den marokkanischen Gefängnissen an der Tagesordnung ist. ●

**NICHT  
NACH MAROKKO REISEN!"**

## Türkei/Kurdistan: "Golf"krieg gegen KurdInnen

Nach offiziellem Ende des Golfkrieges hat die Türkei nach wie vor eine halbe Million Soldaten an der Grenze zum Irak — im Gebiet Kurdistans — stationiert. Die Geschichte der Türkei zeigt, daß sie bisher immer günstige Gelegenheiten dazu genutzt hat, ihre Macht über die KurdInnen zu stärken. Offenbar will sie sich auch diesmal die Chance nicht entgehen lassen: Die Türkei kämpft mit den vom Westen an sie gelieferten Waffen gegen das kurdische Volk.

(Kurdistan Komitee)

### Unruhen in Sirnak

Am 28.2. wurden in Sirnak kurdische Bauern, die Kohle transportierten, vom Militär angehalten. Die Soldaten töteten 200 Maultiere und zwei Bauern, die versucht hatten, sich dagegen zu wehren. Daraufhin kam es zu umfangreichen Gegenaktionen: Mehrere hundert Bäuerinnen und Bauern stürmten eine Militärbarrikade, in der Stadt schlossen die Händler ihre Geschäftslokale, das Postamt wurde zerstört, die SchülerInnen zertrümmerten das Inventar des Gymnasiums, ein Café, das als Treffpunkt der örtlichen Vertreter der Regierungspartei ANAP gilt, wurde ebenfalls angegriffen und zerstört, genauso die Präfektur und das Regierungsamt. Keine einzige staatliche Einrichtung wurde ausgelassen. Auch die Atatürkstatuen<sup>(1)</sup> in der Stadt wurden gestürzt.

200.000 Menschen marschierten dann auf das Viertel der "Dorfschützer" zu, die mit dem Staat gemeinsame Sache machen. Einige davon solidarisierten sich mit der Menge, andere hingegen gingen mit Waffengewalt gegen sie vor. Die Sicherheitskräfte, die die Kontrolle über die Situation verloren hatten, schossen immer wieder

scharf in die Menge.

Gegen Abend wurden die Verwundeten mit staatlichen Hubschraubern in Krankenhäuser gebracht. Dieser Akt wird von den KurdInnen als Beschwichtigungsversuch begriffen.

Fazit des Tages: 20 Tote und zahlreiche Vermisste, von denen angenommen werden muß, daß sie von den Sicherheitskräften getötet und dann weggebracht wurden, um nicht neue Proteste zu schüren.

### Protestaktionen in Lice

Als Reaktion auf die Massaker in Sirnak besetzte am 1. März eine größere Einheit der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) die Kreisstadt Lice für mehrere Stunden. Die Guerilla rief zu Protestaktionen für den nächsten Tag auf, an dem dann auch gestreikt wurde.

### Auseinandersetzungen in Idil

Am 3. März 1991 haben türkische Soldaten das Dorf Kiwex überfallen und eine

Operation durchgeführt. Dabei zwangen sie die Frauen des Dorfes, sich nackt ausziehen und die Männer, im dreckigen Wasser des schwarzen Regens herumzurobben. Es kam zu Protesten, wobei die DorfbewohnerInnen mit Steinen und Knüppeln gegen die Soldaten vorgingen. Infolge dieser Auseinandersetzung schossen die Soldaten auf die Bevölkerung. Durch dieses brutale Vorgehen wurden die Proteste immer heftiger, worauf sich das Militär zurückziehen mußte und mit Verstärkung wiederkam. Es wurden 24 Jugendliche verhaftet.

Am darauffolgenden Tag kam es zu einer Protestdemonstration in Idil. Die DemonstrantInnen wurden von den Sicherheitskräften angegriffen, ein 13-jähriger erschossen und mindestens 40 Personen verletzt. ●

### Fußnoten:

(1) Kemal Atatürk: "Gründer" der Türkei und Symbolfigur des türkischen Nationalismus

## Türkei/Kurdistan: Folter vor der Kamera des türkischen Fernsehens

(Kurdistan-Rundbrief)

Burhan Ilik wurde im PKK-Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht Diyarbakir angeklagt. Er wurde in Griechenland nicht als Flüchtling anerkannt, an die Türkei ausgeliefert und seitdem in verschiedenen Gefängnissen und bei Verhören schwer gefoltert, was er auch bei der Gerichtsverhandlung am 29.1. aussagte. Deshalb wurde gegen ihn nun auch noch ein Verfahren wegen "Beleidigung der Polizei" eröffnet. Nach mehreren Wochen Folter mit Strom, Palästinahaken und Schlägen mit Autoreifen wurde Burhan Ilik vor der Kamera des TRT gefoltert. Ein Polizist schoß ihn ins Ohr und in die Fußsohlen, damit er vor der Kamera die gewünschten Aussagen macht.

Er wurde zunächst zum Tode verurteilt, die Strafe später in lebenslänglich umgewandelt. ●

## 3 Jahre nach Halabja

(Plattform)

Nach Hiroshima und Nagasaki fand das Massaker von Halabja (irakisch-Kurdistan) durch Giftgas am 16.-17. März 1988 statt.

Der dritte Jahrestag dieses Massakers, bei dem 5.000 KurdInnen durch chemische Waffen ermordet und zehntausende verletzt wurden, nähert sich.

Das Halabja-Massaker wurde während des imperialistischen reaktionären Krieges zwischen Iran und Irak durch die Zusammenarbeit des Imperialismus, des faschistischen Regimes Saddams und der faschistischen türkischen Kolonialisten verübt. Die Kräfte, die heute Saddam bekämpfen, sind jene, die ihm chemische Waffen gaben und ihm zur Macht verholfen haben (unter ihnen auch Österreich). Diese Kräfte benutzen heute Saddam und seine grausamen Massaker als Vorwand und versuchen ihre koloniale Hegemonie im Nahen Osten zu installieren. Die Mittäter dieses Massakers führen unter dem Deckmantel der Demokratie und der Freiheit im Nahen Osten.

Im Schatten des Golfkrieges wird Kurdistan zerstört und Menschen vertrieben.

Wir veranstalten eine Demonstration und Kundgebung und möchten dabei die historischen Schuldigen bloßstellen.

Wir möchten darlegen, daß der Kampf für die Unabhängigkeit des kurdischen Volkes weitergehen wird.

### KUNDGEBUNG: 16. März, 11.00 Uhr vor der UNO

(Veranstaltungsort war vor Drucklegung noch nicht ganz sicher, eventuell auch vor dem Innenministerium. Achtet bitte auf Flugis und Plakate, oder ruft bei uns an!)

# Betrifft: Auslieferungsverfahren Hyssein Balkir

Er ist Kurde, gegen ihn gibt es einen internationalen Haftbefehl, die Türkei verlangt seine Auslieferung, am 25.2., wurde er nach Erhalt eines Sichtvermerkes (gleichbedeutend mit Visum) des österreichischen Konsuls in Paris bei der Einreise in Wien Schwechat verhaftet! Das Nachfolgende ist ein offener Brief, gerichtet an den Justizminister Dr. Nikolaus Michalek, geschrieben von dem Rechtsanwalt Dr. Thomas Prader, welcher Hyssein Balkir vertritt. Hyssein Balkir wird im Falle einer (gesetzeswidrigen) Auslieferung an die Türkei aufgrund seiner politischen Einstellung die dortige Haft mit "Sicherheit" nicht überleben. Eine Freilassung auf Kautions könnte nach Angaben des Rechtsanwaltes Hyssein's erreicht werden, doch fehlt es am Budget. Spenden sind herzlich willkommen, denn auch wenn Hyssein freigelassen bzw. (was wir alle nicht hoffen wollen) abgeschoben wird und daher die Spenden für ihren eigentlichen Zweck nicht in Verwendung kommen, kann damit zumindestens der Anwalt bezahlt und somit den Angehörigen ein wenig geholfen werden.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ich habe die Vertretung des Herrn Hyssein Balkir übernommen, der sich seit 25.2.1991 in Auslieferungshaft befindet.

Hyssein Balkir, ist 1956 in der Türkei geboren und Kurde. 1977 hat er an der Technischen Universität in Istanbul studiert, war Mitglied einer linksgerichteten kurdischen Jugendorganisation und in politischer Opposition zur türkischen Regierung. Er wurde unter dem Vorwurf des "Kommunismus und Separatismus" wiederholt festgenommen und wochenlang gefoltert. Zusammen mit anderen Kurden brach er aus dem Gefängnis aus. Seitens der türkischen Behörden wird ihm vorgeworfen, daß er zusammen mit den anderen flüchtenden Kurden einen Wachposten mit einer Schußwaffe verletzt hätte. Dieser Vorwurf ist Gegenstand des Auslieferungsbegehrens seitens der türkischen Regierung.

Nach seiner Flucht hielt sich Balkir im türkischen Kurdistan auf. 1979, nach dem Sturz des Schah, floh er in das iranische Kurdistan. Nachdem auch dort das Mullah-Regime wieder mit der Unterdrückung und Repression gegen das kurdische Volk begonnen hat, floh er 1981 mit Hilfe des 1990 in Wien durch iranische Staatsterroristen ermordeten Dr. Ghassemlou, nach Frankreich. Obwohl bereits damals ein internationaler Haftbefehl gegen ihn bestand, erhielt er von den französischen Behörden politisches Asyl. Im gleichen Jahr wurde er aus der Türkei zwangsausgebürgert. Er ist derzeit staatenlos und seit 1984 mit einer französischen Staatsbürgerin verheiratet. Da-

mals wurde sein Fall auch vom UNO-Hochkommissär in Frankreich eingehend geprüft.

Der internationale Haftbefehl bestand jedoch weiter. Balkir wurde deshalb 1982 in der BRD, 1984 auch in Belgien und Holland in Auslieferungshaft genommen. Dabei ging es jeweils um den selben internationalen Haftbefehl, der sich auf den obgenannten Vorfall (Flucht aus dem Gefängnis) bezog. Aufgrund massiver internationaler Proteste erklärte das deutsche Außenamt nach ca. 5 Wochen Haft, daß einer Auslieferung keinesfalls zugestimmt werde. Aufgrund dieses Umstandes und der Tatsache, daß Frankreich Balkir politisches Asyl gewährt hatte, war er in Belgien lediglich 3 Tage, in Holland nur 1 Woche in Auslieferungshaft.

Das österreichische Konsulat in Paris hat Balkir auf dessen Ansuchen, Familienangehörige in Österreich zu besuchen, anstandslos einen Sichtvermerk ausgestellt. Bei seiner Ankunft am Flughafen Schwechat wurde Balkir festgenommen.

Sie wurden von österreichischen Abgeordneten bereits auf diesen Vorfall angesprochen. Sie haben erklärt, daß Sie dazu keine Äußerung abgeben könnten, da für die Entscheidung über die Auslieferung das Gericht zuständig wäre. Diese Ansicht ist unrichtig. Gem. 34 Abs. 1 ARHG obliegt Ihnen alleine die Entscheidung, ob jemand/frau ausgeliefert wird. Sie sind an die Entscheidung des Gerichtes nicht gebunden. Die Rechtslage ist mit der in der BRD

vergleichbar. Da 1982 in der BRD das dafür zuständige Außenamt die Erklärung abgegeben hat, daß es einer Auslieferung keinesfalls zustimmen werde, wurde in der Sache selbst durch die Gerichte nicht weiter geprüft, sondern Balkir unverzüglich auf freien Fuß gesetzt.

Ich ersuche Sie im Namen meines Mandanten von dieser Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeit unverzüglich Gebrauch zu machen, da meinem Mandanten nicht zugemutet werden kann, daß er sich monatelang in Auslieferungshaft befindet und ständig Angst haben muß, daß er tatsächlich ausgeliefert wird. Er selbst weiß am besten, daß er im Falle der Auslieferung seitens der türkischen Behörden Folter, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und der Vollstreckung der Todesstrafe ausgesetzt ist.

Die türkische Regierung verheimlicht, daß sie Balkir wegen anderer Delikte sucht. Soweit ich informiert bin, wurde ihm weiters angelastet, daß er den Ausbruch anderer Kurden aus einem türkischen Gefängnis organisiert hätte und daß dabei ein Polizist erschossen worden wäre. Deshalb ist er in Abwesenheit bereits zum Tode verurteilt worden. Dieser Umstand wird den österreichischen Behörden verheimlicht, da in diesem Fall eine Auslieferung gem. 20 Abs. 2 u. 23 AHRG unzulässig wäre.

Balkir ist in Frankreich eine in der Öffentlichkeit bekannte Person, die dafür steht, daß sie für die Rechte des kurdischen

Bezahlte Anzeige:

**papierTIGER**

**Wir haben's geschafft! (Uff!)**  
Seit Anfang des Jahres sitzt der papierTIGER auf seiner neuen Adresse und freut sich schon auf Dein Kommen. Damit Du recht bald kommst, hat er eine kleine Überraschung: Ein Notizbuch mit 200 Seiten. Gratis. Dieses Inserat ist Dein Gutschein.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr. 40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Volkes in der Türkei kämpft. Balkir hat mehrfach durchgesetzt, daß sich das Europaparlament mit den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, vor allem begangen an den KurdInnen, auseinandergesetzt hat. Dies ist der eigentliche Grund, warum den türkischen Behörden so sehr daran gelegen ist, Balkir ausgeliefert zu erhalten.

Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß vor allem linksgerichtete KurdInnen in der Türkei gefoltert, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt und hingerichtet werden. Ich verweise diesbezüglich auf die Publikation von Amnesty International "Türkei, die verweigeren Menschenrechte", erschienen 1988. In dieser Publikation wird in erschreckender Weise dargestellt, wie grausam und barbarisch türkische Behörden mit Gefangenen und politischen GegnerInnen umgehen. Es wird dokumentiert, daß nicht einmal 13-jährige Kinder vor Folterungen gefeit und durch Mißhandlungen in den Gefängnissen umgekommen sind.

Die Menschenrechtssituation in der Türkei hat sich mit Sicherheit nicht verbessert. Auch Sie werden den Medien entnommen haben, daß die Türkei in den kurdischen Provinzen die Gültigkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention seit verganginem Herbst ausgesetzt hat.

Auch nach dem österreichischen Auslieferungsrecht ist eine Auslieferung nicht nur wegen politischer Delikte und Handlungen, die in Zusammenhang mit solchen stehen (etwa die Verletzung eines Gendarmeriebeamten bei einem Ausbruch, wenn man aus politischen Gründen inhaftiert war) unzulässig ist, sondern auch dann, wenn zu besorgen ist, daß das zu erwartende Strafverfahren nicht den Grundsätzen der Menschenrechtskonvention entspricht, die zu erwartende Strafe in einer nicht der Menschenrechtskonvention entsprechenden Weise vollstreckt wird, oder wenn die auszuliefernde Person im ersuchenden Staat (der Türkei) wegen ihrer Abstammung, Rasse oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe oder wegen ihrer politischen Anschauung einer Verfolgung ausgesetzt oder aus diesen Gründen schwerwiegende Nachteile zu erwarten hätte (19 AUHG).

Weiters weise ich Sie darauf hin, daß nach der Judikatur des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte eine Auslieferung in jedem Fall unzulässig ist, wenn es begründete Anhaltspunkte dafür gibt, daß die betroffene Person im ersuchenden Land der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt wird. Ich verweise darauf, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte damit die Auslieferung eines deutschen Staatsbürgers an die Vereinigten

Staaten verhindert hat und es kann wohl davon ausgegangen werden, daß die Menschenrechtssituation in der Türkei ein wenig schlechter ist, als in den USA (Fall Soereng = EuGRZ 1989, S. 314 ff).

Sehr geehrter Herr Bundesminister, ich darf Sie deshalb im Namen meines Mandanten ersuchen, gegenüber der Staatsanwaltschaft Wien die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß Sie aufgrund der dargestellten Umstände einer Auslieferung keinesfalls zustimmen werden, um damit zu bewirken, daß mein Mandant unverzüglich freigelassen wird. Ich denke, daß auch in Österreich keine anderen Maßstäbe herrschen können als in der BRD, in Frankreich, Holland und Belgien. Sie können mit dieser Maßnahme meinem Mandanten die Qual einer langen Haft und ihm und seinen Angehörigen monatelange Todesangst ersparen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Dr. Prader

DS Presse, Kurier, Salzburger Nachrichten, AZ, Standard, Profil, Wochenpresse, APA, ORF, Hörfunk, Falter

Kontonummer vom TATblatt für Spenden unter dem Kennwort 'Balkir': PSK 7 547.212 ●

## »Lesben sind immer und überall«

(Flugblatt der HOSI-Lesben)

Seit mehr als 2 Jahren wird um die Anbringung des Spruches »Lesben sind immer und überall« gekämpft: 1988 weigerte sich die Werbefirma GEWISTA auf den Wiener Straßenbahnen Dachtafeln mit dem Spruch »Lesben sind immer und überall« anzubringen. 18 Wiener Frauen- und Lesbengruppen, die u.a. mit diesem Spruch auf die Situation von Frauen/Lesben in unserer Gesellschaft aufmerksam machen wollten, klagten daraufhin die GEWISTA auf Vertragserfüllung — und gewannen die Prozesse in 1. und 2. Instanz! Trotzdem die GEWISTA nun die Dachtafeln vom Gericht her anbringen müßte, tut sie es nicht; denn nun treten die Verkehrsbetriebe als Hüter einer heterosexistischen Moral auf und untersagen die Anbringung des Lesbenspruches u.a. mit der Begründung, das könne man den weiblichen Fahrgästen nicht zumuten (!!), daß sie als Lesben bezeichnet würden.

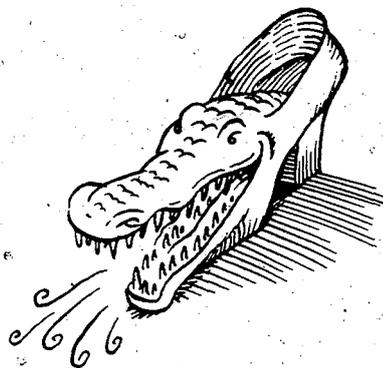
Die Wiener Lesben- und Frauengruppen wollen um ihre Rechte weiterkämpfen und alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Wiener Verkehrsbetriebe zur Vertragserfüllung und Plakatierung des Spruches zu bringen. Ein Prozeß würde mindestens 40.000 öS kosten, bis jetzt wurden von den Frauen knapp 28.000.- gesammelt.

Bitte spendet große und kleine Beträge oder borgt uns Geld!!

Kto.Nr: Z 701.401.770, HOSI-Frauen, Kennwort "GEWISTA-Prozeß". ●

bezahlte Anzeige

### Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

# GEA

Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Haini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626  
1010 WIEN, Himmelportgasse 26, Tel. 512 19 67

# Die Folgen einer Nestbeschmutzung

Ungefähr zeitgleich mit der Veröffentlichung des Berichts von amnesty international über die Menschenrechtssituation in Österreich (Stichwort: Plastiksackerl) quittierte Franz W. seinen Dienst bei der Alarmabteilung der Wiener Polizei und wandte sich mit Details von Übergriffen durch Polizeibeamte an die Öffentlichkeit. Ein Jahr danach haben ihn seine Kollegen noch nicht vergessen.

(Franz W.)

"19. Jänner 1991, ca. 0 Uhr 40, Wien Neubaugürtel.

Ganz unvermittelt schnappte die Falle zu. Ich fuhr mit meinem Auto, wurde von einem Funkwagen angehalten und einige Minuten später bin ich schon am Asphalt gelegen, rund um mich ca. 15 - 20 Polizisten. Und sie haben mich quer über 3 Fahrstreifen des Gürtels geprügelt, einige Zentimeter neben mir rasten die Autos vorbei, und sie sind gestanden und haben nur zugesehen. Mir wurden Handschellen angelegt und ganz eng zusammengedrückt. Mit dem Arrestantenwagen wurde ich ins Kommissariat gebracht.

Vor dem Arrest mußte ich mich nackt ausziehen. Wurde anschließend, nur mit Unterhose bekleidet, in eine Zelle gesteckt, wo das Fenster offensteht (draußen hat es Minusgrade und die Heizung schaltet sich nur sporadisch ein). Nach einer halben bis einer Stunde werde ich wieder aus meiner Zelle geholt, darf mich anziehen und werde anschließend in die Zelle hineingepügelt — gepügelt und getreten, bis ich mich nur mehr am Boden winden und schreien kann. Dann haben sie mich wieder auf die Beine gestellt und zu mir gesagt, daß ich mich nicht niedersetzen darf. Ich muß in der Zelle stehen, vor mir die Tür und in Augenhöhe das Guckloch. Ich bin müde und mein Körper schmerzt. Ich setze mich nieder, da öffnet sich das Guckloch, ich springe auf, aber zu spät. Die Tür öffnet sich und drei Uniformierte stürzen herein. Schläge in die Rippen, die Nieren, den Bauch, und Tritte auf

die Füße, ich knicke ein, falle zu Boden. Ich versuche meinen Kopf und meinen Bauch zu schützen, rolle mich zusammen, und versuche nicht zu sehr getroffen zu werden. Plötzlich sehe ich, daß einer über mir steht und einen Gummiknüppel in der Hand hat. Er steht breitbeinig über mir und holt ganz weit nach hinten zum Schlag aus. Ich kann meine rechte Hand in die Höhe reißen und verspüre gleichzeitig einen heftigen Schmerz am Handgelenk und auf der rechten Schläfe.

Und sie kommen immer wieder in die Zelle — egal, ob ich sitze oder stehe, ich werde verprügelt, solange, bis ich am Boden liege.

Ich wurde gemeinsam mit meiner Freundin 16 Stunden lang von der Polizei festgehalten, ich wurde ca. 5 Stunden lang immer wieder verprügelt. Ich durfte weder einen Anwalt verständigen, noch wurde mir mitgeteilt, warum ich festgenommen wurde (erst ca. 12 Stunden nach der Festnahme bekam ich die erste Information diesbezüglich). Ein Amtsarzt ist zu mir in die Zelle gekommen, hat diese aber wortlos wieder verlassen, nachdem ich ihm sagte, daß ich geschlagen werde.

16 Stunden Polizeifolter — es liest sich ganz einfach und schreibt sich auch gar nicht so schwer.

Sie haben mich ungerechtfertigt festgenommen, sie haben mich nackt in eine Zelle gesteckt, sie haben mich stundenlang verprügelt, sie haben mir alle Menschenrechte verwehrt und sie haben gesagt, daß sie mir

nun alles zurückzahlen würden.

Und ich habe mir die Frage gestellt, warum ich noch immer in Österreich bin — einer der Prügler hat zu mir gemeint, daß ich auswandern soll — aber ich lebe gern in diesem Land, und daß ich vor einem Jahr an die Öffentlichkeit getreten bin und den ai-Bericht bestätigte, geschah aus dem Grund, weil ich der Überzeugung bin, daß es in Österreich und in den Köpfen der Menschen, die hier leben, noch sehr viele Mauern und Grenzen zu beseitigen gibt. Als ich in der Zelle gesessen bin, habe ich mir gedacht: "Wie sehr sie mich auch schlagen, meine Gedanken können sie nicht rausprügeln."

Für die, die mich verprügelt haben, bin ich ein Verräter — aber meine Schmerzen vergehen irgendwann, doch die Freiheit, daß ich meine Meinung äußere, werde ich mir auch in Zukunft nehmen.

Mich wollten sie brechen, meine Füllfeder haben sie zerbrochen — aber ich gebe die Hoffnung nicht auf und versuche weiterhin, der Unmenschlichkeit Widerstand zu bieten."

Inzwischen sind auch die Gründe der Anzeige bekannt: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Schwere Körperverletzung, Verdacht des gewerbsmäßigen Suchtgift-handels in großen Mengen ("6000 Schilling wurden mir abgenommen und 6 Gramm Cannabisharz untergejubelt"), Lärmerregung, Anstandsverletzung, Störung der Ordnung, Verweigerung des Alko-Tests und Führerscheinabnahme. ●

## ANTIMILITARISTISCHES - an der Grenze festgenommen

(TATblatt Wien)

Am 14.02. wurde der Stellungspflichtige Felix L. an der Grenze zur BRD festgenommen. Unter dem Vorwurf, er hätte sich listiger Umtriebe bedient, um sich der Wehrpflicht zu entziehen, wurde er im Kreisgerichtlichen Gefangenenhaus Ried im Innkreis festgehalten. Erst nach 1 Woche(!) wurde er nach Wien überstellt. Gleich nach seiner Inhaftierung erhob Felix Haftbeschwerde, der bis jetzt kein Haftprüfungstermin gefolgt ist. Ganz klar sichtbar zeigt sich die Vorgangsweise der Kiwarei bearbeitungshindernd in die Aufklärung des Falles einzuwirken, in der Tatsache, daß sich der Akt des Felix bei Redaktionsschluß unserer Zeitung noch immer nicht in den Händen des bearbeitenden Anwaltes befand. Es konnte weder eine

Aktenabschrift noch die Kopie des Aktes erwirkt werden. Bekannt ist, daß der Akt vom 25.2. bis zum 1.3. in der Kopierstelle



liengelassen wurde.

\* Wir berichteten in der letzten Nummer über die Fälle von zwei Totalverweigerern, die von der Unterstellung, sie hätten sich listiger Umtriebe bedient, um sich der Wehrpflicht zu entziehen, freigesprochen wurden. Einer von den beiden hat nun einen neuerlichen Stellungstermin erhalten. Ganz klar und deutlich hat dieser den Herren Staatlichen seine Absicht, den Wehrdienst mit all seinen (Wehr-)Zivildiensten zu verweigern, kundgetan. Doch WAS kümmerts die HERRschende Bürokratie.

Daß die Verhaftung sowie der Verhaftungsgrund des Felix L. und der Fehlschlag der Herren Bumm, Gusch und Staat gegen die Wehr-Zivildienst-Totalverweigerer in Zusammenhang stehen, kann angenommen werden. ●

# ...Saubere Stadt...!

Die Stadt Wien und die Polizei ziehen wieder die geistige Daumenschraube an. Mittels Belästigungen durch Polizisten und Anzeigen sollen die sogenannten Infostände aus dem Stadtbild vertrieben werden. Daß so nicht nur Tische und Plakate, sondern auch die kritischen Stimmen von BürgerInneninitiativen und Aktionsgruppen zum verschwinden gebracht werden, ist wohl nicht nur positiver Nebeneffekt, sondern anvisiertes Ziel der Aktion.

(TATblatt Wien)

Der Konflikt hat schon ein paar Jährchen auf dem Buckel. Schon 1986 setzte Zilk zum Schlag gegen von Staat und Parteien unabhängige Initiativen an. Fast über Nacht erklärte er Infotische zu Veranstaltungen nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz und forderte die Polizei auf, Verstöße gegen die Genehmigungspflicht solcher "Veranstaltungen" rigoros zu verfolgen. Denn anders als bei Versammlungen gemäß Versammlungsgesetz müssen Veranstaltungen nicht nur angemeldet, sondern auch in einem Verfahren genehmigt werden, was bis zu sechs Monate dauern und einige hundert Öschis kosten kann.

Das Versammlungsgesetz (Bundesgesetz) regelt das Verfahren von Anmeldung und Durchführung politischer Kundgebungen. Selbige müssen nicht von der Polizei "erlaubt", sondern dieser nur rechtzeitig "angezeigt" werden. Die Anzeige ist nicht kostenpflichtig, da dies (ebenso wie eine Genehmigungspflicht) eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit darstellen würde.

Karl Schranz  
Landstraßer Gürtel 35/1/11  
1030 Wien

## Offener Brief an den Herrn Minister für Soziales

Sehr geehrter Herr Minister!

Wollen Sie mich zum "Wohlfahrts"-Staatsopfer machen? Zu einem aus dem sogenannten "Sozial"fonds aus Steuergeldern finanzierten Zwangsnichtverdiener? Zu einem von jenen Bedauernswerten also, gegen die Sie die dem Profitzwang der Herrschenden unterworfenen Sklavenlohnarbeiter hetzen können, damit diese sich in ihrer Misere doch noch um ein wenig besser vorkommen, als die von Ihnen erledigten "Sozial"-Schmarotzer.

Letztere werden von Ihrem Staat, sehr geehrter Herr Minister, aus eben dem Grunde gehalten, damit Sie gegen diese Stimmung machen können, um so von Ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken, die bestehenden Probleme menschengerecht zu lösen. Das Ganze nennt sich Wohlfahrtsstaat und ist ein pures Alibi, ein Etikettenschwindel derer, die hinter dieser Etikette eine bürgerfeindliche, kapitalistenfreundliche, und das heißt: alle(s) dem Profitzwang zum Opfer bringende, bössartige Politik betreiben.

Dies ist mir noch nie so genau zu Bewußtsein gekommen wie in den letzten Wochen, aus Anlaß meiner Vertreibung aus dem sogenannten "Berufsfindungskurs" der AMV-Arbeitsmarktverwaltung, weil ich dort gegen den Golfkrieg Aufklärung zu betreiben versuchte.

Ich bin auf diesen Kurs nach wie vor angewiesen, weil ich Geld verdienen muß. Es wurde mir aber aus maßgeblichen sozialdemokratischen Kreisen mitgeteilt, daß ich mit dem falschen Parteibuch (also weil ich Mitglied der KPÖ bin) keine Chance auf Wiederaufnahme in dem Berufsfindungskurs hätte. Eine Vorgangsweise, die allen demokratischen Grundsätzen Hohn spricht und meine bisherige Ahnung, daß es sich bei dieser Demokratie lediglich um ein Gerücht handelt, bestätigt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Karl Schranz

Das Veranstaltungsgesetz (Landesgesetz) hingegen regelt den Ablauf aller nicht

ist kein verfassungsmäßig zugesichertes Recht, daher verlangen die Behörden für

den von ihnen "geleisteten" Verwaltungsaufwand Gebühren: Stempelmarken für Anträge, "Verfahrenskosten" für Bewilligungsverfahren, usw....



politischen Veranstaltungen, etwa Theater- und Kinovorführungen, Fußballspiele, Fashingsumzüge usw.

Eine solche Veranstaltung zu besuchen

1986 also kam die Gemeinde Wien, nachdem z.B. für die Aube- setzung in Hainburg

mittels Infostände sehr erfolgreich mobilisiert und darüberhinaus für einen ganzen Haufen von Volksbegehren Unterschriften gesammelt wurden, auf die Idee, den Infoständen den "manifestativen Charakter" abzusprechen. Auf Infoständen, so meinten die Zilk'schen Meinungskontrolloren, wären meist nur wenige Personen anzutreffen; und diese manifestierten eben nicht Wider- oder Zuspruch zu einem politischen Thema, sondern informierten eben nur zufällig Vorbeikommende....

Ein manifestativer Charakter einer Veranstaltung bestünde darin, sich zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort einzufinden und eben seine Meinung möglichst intensiv, z.B. mittels Parolen, Ansprachen oder ähnlichem kundzutun.

Da nun ein solcher bei Infotischen fehlt, seien diese nicht nach dem Versammlungsgesetz zu behandeln....

Folgen: Nicht nur hohe Kosten, sondern vor allem eine willkürlich dehnbare Zeitspanne zwischen Anmeldung und "Kommissionierung" der Veranstaltung (ganz abgesehen von den vielfältigen Möglichkeiten der Untersagung), die ein Reagieren auf aktuelle Anlässe unmöglich machen (und genau das wohl auch sollen).

Nachdem ein paar Initiativen die Probe aufs Exempel gemacht und sich prompt Anzeigen eingehandelt hatten, segnete der Verfassungsgerichtshof den Zilk'schen Maulkorb-Erlaß ab!

Fortsetzung auf der nächsten Seite

# Leobersdorf (NÖ): Räumung der ArbeiterInnenhäuser

Jetzt ist es so weit. An die 100 Menschen müssen bis 31. März ihre Wohnungen in der Südbahnstraße 45-47 in Leobersdorf geräumt haben. "Sollte dies nicht der Fall sein, wird die Räumung durch die Behörde vorgenommen. ... Der Abbruch hat bis längstens 8.4.1991 zu erfolgen" (Originalton Hausverwaltung). Ersatzwohnungen gibt es noch immer keine. DEMONSTRATION: 26. März, 17.00 Uhr vor dem Haus.

(TATblatt-Wien)

Seit unserem letzten Bericht im Dezember (TATblatt minus 58) hat sich die Situation für die BewohnerInnen nicht wesent-

sich ein "Integrationsprojekt" mit 50 geförderten Wohnungen, die von einer gemeinnützigen Bauvereinigung errichtet werden sollen, vor. WelcheR diese jedoch errichten

## Demonstration mit den BewohnerInnen:

Di, 26. März, 17.00 Uhr, Leobersdorf, Südbahnstraße 45-47 (ganz in der Nähe vom Bahnhof)

Ach ja: Solidarität ist eine Waffe!

lich geändert. Zumindest nicht verbessert. Nach wie vor bestehen Behörde und Besitzerin (Gesellschaft für Wassertechnik, gwt) darauf, das Haus, das in einem eklätant schlechten Zustand ist, so bald als möglich abreißen zu lassen. Und nach wie vor kümmert es sie nicht, wo die Menschen hin sollen. Der Bürgermeister interessiert sich nicht für "AusländerInnen" und die gwt nicht für Ersatzwohnungen.

Der kontaktierte Sozialminister Hesoun hingegen zeigt sich besorgt um die Situation von 20 österreichischen Familien, die angeblich in Holzbaracken in Leobersdorf hausen sollen. Außer ihm hat jedoch noch keineR je etwas von diesen gesehen oder gehört. Er jedenfalls möchte nicht räumen lassen. Zweifelhaft nur, ob ihn irgendeiner um seine Meinung dazu fragen wird.

Marlene Petrovic von den Grünen stellt

lassen soll und was während der mindestens 3-jährigen Bauphase mit den Menschen geschehen soll, steht auch hier in den Sternen. Inzwischen war auch das Landesarbeitsamt nicht faul und hat an die jeweiligen

ArbeitgeberInnen der Betroffenen geschrieben und ihnen die Situation dargestellt. Was zwei mögliche Konsequenzen hat: Entweder bemühen sich die Firmen um ihre DienstnehmerInnen und versuchen, ihnen zu helfen; oder aber sie schmeißen sie raus. Denn welcheR AusländerIn keinen sicheren Wohnraum hat, braucht auch keinen sicheren Arbeitsplatz (nach den Worten des Gesetzes).

Die Betroffenen und ihre (wenigen) SympathisantInnen fordern Ersatzwohnungen und einen Aufschub der Abbrucharbeiten. Sie treffen sich am 15.3. zu einer Hausversammlung, um über die aktuelle Situation zu beraten. ●

## Vertriebskosten

# Die KPÖ rechnet mit den BewohnerInnen des Kirchwegers- hauses ab!

(TATblatt Wien)

Die KPÖ will den BewohnerInnen des in KP-Eigentum befindlichen Ernst-Kirchwegers-Hauses zeigen, wer der Herr im Hause ist. Nachdem KP-Vorsitzende Sohn schon vor zwei Monaten via AZ erklärt hatte, die gerichtliche Räumung des Hauses zu betreiben, dürfte es nun wirklich ernst werden. In einer Aufstellung angeblicher Betriebskosten des Jahres 1990 werden 1.320.269,32 öS von den BewohnerInnen gefordert. Auf Kosten pro Person und Monat umgerechnet ergibt das einen Betriebskostenanteil von 4000 Öschis pro Schlafplatz in einem Mehrbettzimmer. Neben tatsächlichen Betriebskosten wie Grundsteuer, Wassergebühren, Rauchfangkehrer oder Luftsteuer finden sich darin auch folgende "Ausgaben", die die KP gerne einsackeln würde:

Fa. Belvedere (Reinigung) 50.580,—  
Siemens-Telefonwartung 26.342,98  
Instalat.Kosten (Rohrbrüche) 131.388,66  
Schlösser-Einbau 29.826,90  
Diebstahl v. Werkzeug 6.801,—  
div. Materialien 3.253,30  
Telefongebühren 75.258,30  
Dachreparatur 57.660,—  
Abschreibung Schadensfälle  
(Abschreibung des Mobiliars  
etc.) 500.000,—

Alles in allem eben 1.320.269,32

(Aufstellung unvollständig)

Als Betriebskostenabrechnung (im Sinne des Mietrechtsgesetzes) ist die Auflistung reif für den Altpapiercontainer, zumal die KP auf Anfrage der BewohnerInnen nicht einmal in der Lage war, die angeblich angefallenen Kosten mit Rechnungen zu belegen. Für eine Auflistung von Forderungen gegenüber Menschen, die mittels Strafanzeige (Diebstahl, Sachbeschädigung,...) kriminalisiert und ihrer Unterkunft beraubt werden sollen, taugt das Papier aber noch allemal. Ein solches Verfahren gegen unbekannte Täter schlummert zur Zeit, nachdem die KP im Sommer die Polizei zur Räumung gedrängt hatte, sanft vor sich hin.

Oder vielleicht besser: ...schlummerte wohl vor sich hin.

Vergangene Woche veranstaltete die Polizei eine Hausdurchsuchung im Kirchwegers Haus. Der wenig hilfsbereite Portier sowie eine massive Stahltür konnten die Beamten wieder zur Umkehr bewegen. Der Psychoterror gegen die BewohnerInnen scheint nun wieder von Polizei und KP vereint betrieben und forciert zu werden. ●

Fortsetzung von Seite 9

Dennoch kehrte Ruhe ein im Lande. Infotische mußten nunmehr ein bisserl anders angezeigt werden ("...der zur Erreichung des Kundgebungs-zweckes notwendige manifestative Charakter der Veranstaltung wird erreicht durch..."), und die Sache hatte sich; dachte mensch. Bis vor einigen Wochen dann der Terror aufs Neue losging. Betroffene: Revolutionsbräuhaus, Amnesty International, ARGE für Wehrdienstverweigerung,.....

In der nächsten Ausgabe des TATblatt werden wir uns daher ein wenig intensiver mit den Regelungen des Versammlungsgesetzes auseinandersetzen. Mit Tips, Tricks und sonstiges für BerufsdemonstrantInnen und alle, die es noch werden wollen..... ●

# BOILER: Für eine eigenartige Medienszene !

Uns wurde das nachfolgende Interview von der Zeitschrift BING der Basisinitiative Naturwissenschaft zur Verfügung gestellt. Dank schön! Viel Power für die Radio-Piraten! (TATblatt-Wien)

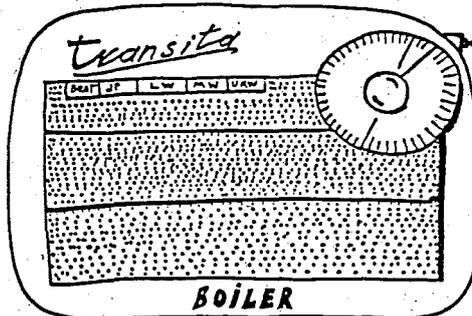
Für eine eigenartige Medienszene engagiert sich in Wien der Boiler. Es werden Konzerte im WUK, im Flex oder in der Arena veranstaltet, um das Geld aufzutreiben, das für die Anschaffung und den Betrieb eines Piratensenders notwendig ist. Die Leute haben aber keineswegs Freude am Reiz der Illegalität, sondern kämpfen als "Spaß-Guerillas" für eine grundlegende Reform des Rundfunkgesetzes, das es allen ermöglichen soll, Radioprogramm zu machen, und nicht, so wie geplant, von einigen betuchten und der staatlichen Einflußnahme voll ausgesetzten Schichten. Freies Radio als mediale Gegenrealität, Radio, über das man sich wundern kann, engagiertes Radio, das zu neuen Stilmitteln greift, und andere Musikrichtungen forciert, als die Kuschelecke im Treffpunkt Ö3. Das Boiler-Team versteht sich auch als Drehscheibe für Interessierte, zeigt Möglichkeiten zur Mitarbeit auf, verhilft zu einem billigem Sender, und veranstaltet nicht zuletzt einige der besten Konzerte in town. Im Frühjahr wird dein Radio brodeln. Dann nämlich, wenn am Pirat-Day lokale Piraten österreichweit senden werden, und ein wenig von dem, was vielleicht bald möglich wird, erahnen lassen. Mit zwei Aktivisten des Boiler-Teams sprach BING.

**ARTHUR:** Heuer im Frühjahr soll es einen Piraten Tag - einen Pirat-day geben. Bei diesem Pirat-day soll auf die eher triste Mediensituation auf dem Rundfunksektor in Österreich aufmerksam gemacht werden. Durch verschiedene Aktionen, z.T. Piratenaktionen, zum Teil durch Tamtam im allgemeinen wollen wir auf dieses Faktum hinweisen. Der Zeitpunkt, so eine politische Initiative zu starten ist relativ günstig, da die im Sommer des letzten Jahres die Koalitionsparteien beschlossen haben, das ORF-Rundfunkmonopol abzuschaffen. Jetzt gibt es eine parlamentarische Subkommission, in welcher die Details für diese Abschaffung besprochen werden. Die Koalitionsparteien haben einen Gesetzesentwurf vorgestellt, wie sie sich die neue Rundfunklandschaft im Detail vorstellen. Dieses Papier enthält nun eine ganze Reihe von Bedingungen an zukünftige Radiomacher: So muß ein Antragsteller glaubhaft machen können, daß er "fachlich, finanziell und organisatorisch die Voraussetzungen für eine regelmäßige Veranstaltung und Verbreitung des beantragten Programms erfüllt." Auch soll die Radiostation Breitenwirkung haben, also nicht nur für eine kleine Minderheit Programm machen. Eine staatliche Lizenzkommission vergibt dann Lizenzen für 5 Jahre, und kann diese auch entziehen, übt also Kontrollfunktion aus. Es sollen große, kommerzielle Radiostationen begünstigt werden. Unserer Meinung nach soll aber auch Minderheitenprogramm oder Protestradio eine Chance haben: Zum Beispiel zeitlich begrenztes Radio zur A4-Besetzung. Radio sollte nicht nur dazu da sein, Geld zu verdienen und eine breite Masse zu erreichen, sondern genauso wie jeder das Recht hat, am Gerät herumzukurbeln, und den Sender auszusuchen, den er hören will, sollte auch jeder das Recht haben zu publizieren und rauszuschreien, was ihm am Herzen liegt. Und ich glaube das ist ein echtes Anliegen. Jeder

muß Redefreiheit auch über den Äther haben. Es ist ganz wesentlich für die Pressefreiheit in der jetzigen Zeit, daß man zum Radio genauso ungehindert Zugang hat, wie zum Beispiel zu Zeitungen. Es kann jeder eine Zeitung publizieren, der will, warum soll nicht auch jeder eine Radiosendung machen dürfen?

**BING:** Wie könnte man dieses freie Radio finanzieren?

**ARTHUR:** Einerseits durch Abonnenten, Freunde, die uns unterstützen, andererseits durch gezielte Förderungsmaßnahmen. Was wir nicht wollen, ist, daß die Presseför-



GRAFIK VON PHILIPP

derung, welche die Großen noch mehr mästet, als Modell für die Rundfunkförderung herangezogen wird. Man könnte ja die Werbeeinnahmen der kommerziellen Rundfunkanstalten besteuern, dieses Geld käme dann den kleineren Stationen zugute. In Frankreich wird das so gehandhabt.

**ANNA:** Das Oslo-Modell ist uns auch sympathisch. Die dortige Post stellt zu günstigen Konditionen die Infrastruktur (Standleitung vom Studio zum Funkturm und Sender) zur Verfügung...

**ARTHUR:** ... und hält auch gewisse Frequenzen für freie Radiostationen frei. Es teilen sich 50 Stationen 5 Frequenzen untereinander auf. In Norwegen hast du das verfassungsmäßig garantierte Recht, daß du Radio machen darfst, wenn du Radio

machen willst. Und das Ganze ist sehr billig. Kommerzstationen und nicht kommerzielle Stationen werden auf eigene Frequenzen gelegt, da sonst die Kommerzstationen die anderen totschiessen würden: Die Oslo-Universität, die haben auch Campus-Radio und die bezahlen für 40 Stunden Sendezeit in der Woche, die sie pro Jahr senden, umgerechnet 80000 öS. Die Studioeinrichtung haben sie selber, das Personal müssen sie auch selber bezahlen, aber Sendeanlage, Wartung, all das wird von der Post erledigt.

**BING:** Wie könnte freies Radio in Österreich aussehen?

**ARTHUR:** Es gibt eine gewisse Anzahl von freien Frequenzen. Davon soll ein gewisser Prozentsatz, sagen wir ein Drittel, für freie Stationen frei gehalten werden. Nichts gegen kommerzielle Sender, aber es muß Anderes auch daneben geben. Nun soll es irgendeine Stelle geben, an die man sich wenden kann. Diese Stelle weist dann Sendezeit und Frequenz zu.

**ANNA:** In Hamburg gibt es einen Sender, Radio St. Pauli, die versuchen offenes Programm zu machen, das heißt es gibt einerseits Leute, die haben fixe Sendezeiten und ein Programmkonzept, andererseits gibt's offene Sendeplätze, jeder hat das Recht dort, wenn's sein muß auch den allergrößten Scheiß zu verbreiten. Jeder kann mit seinem Band dorthin kommen, oder direkt auf Sendung gehen.

**ARTHUR:** Sowas kann man aber nicht mit irgendeinem Rundfunkgesetz festlegen, sondern das ist Sache der einzelnen Stationen, wie die das handhaben wollen. Aber wichtig ist, daß jeder die Möglichkeit hat, unvermittelt von irgendwelchen Journalisten seine Meinung kundzutun. Wenn du jetzt irgendwas hast, dann ist immer irgendein Redakteur der sagt, das ist gut oder schlecht und der das dann reinnimmt oder nicht reinnimmt, oder im schlimmsten Fall

umändert. Man sollte einfach Mut zu schlechtem Radio haben. Oder: Radio für Taube. Die Tauben sind überhaupt unser Zielpublikum.

**ANNA:** So ein Scheiß. Ich find diesen Slogan beschissen.

**ARTHUR:** Aber das ist die Konsequenz dann.

**ANNA:** Das ist Blödsinn... zynisch.

**BING:** Gut lassen wir das.

**ARTHUR:** Im Moment sind wir ja noch eine kleine Initiative.

**BING:** Es geht euch ja nicht nur um den Boiler-Sender, sondern, daß einmal der Stein ins Rollen kommt.

**ARTHUR:** Uns geht's primär schon um den Boiler-Sender, das Problem ist jedoch, daß man den Boiler-Sender nicht einfordern kann, solange sich am Rundfunkgesetz nichts ändert. Das war die Zwickmühle, in der wir anfangs gewesen sind. Wir haben gesagt, toll, wir machen einen Piratensender, aber nach 7 Minuten haben sie uns aufgestöbert und abgedreht. Das bringt's einfach nicht. Aber nun wollen wir, daß die Gesetze so gemacht werden, daß wir eine

drehen können. Und in Wien gibt's ja noch 2 oder 3 Gruppen.

**BING:** Wie kann man sich engagieren, was können Interessierte tun?

**ANNA:** Am besten, sich einen Sender kaufen.

**ARTHUR:** Bei uns kann man Listen anfordern, wo's sowas billig gibt. Sender sind saubillig. Mit einem 5-Watt Sender, kannst du auf einer eigenen Frequenz 3, 4 Wiener Bezirke bestrahlen. Der Sender mit Antenne kostet dich höchstens 2000 öS. Ein toller Sender kostet 36000 öS. Der leistet 80 Watt, und wenn du einen halbwegs günstigen Antennenstandort hast, dann kannst du ganz Wien locker damit bestrahlen.

**ANNA:** Damit kannst du ganz Vorarlberg zudecken mit deinem Programm.

**BING:** Apropos Vorarlberg. Wie kommt das eigentlich, daß bei all diesen Initiativen, sei es jetzt Boiler, Flex oder wo auch immer so viele Vorarlberger mit von der Partie sind? Was ist eigentlich los mit diesem Trans-Arberg Völkchen?

**ANNA:** Denen ist so langweilig, wenn die dann nach Wien kommen, dann geht die

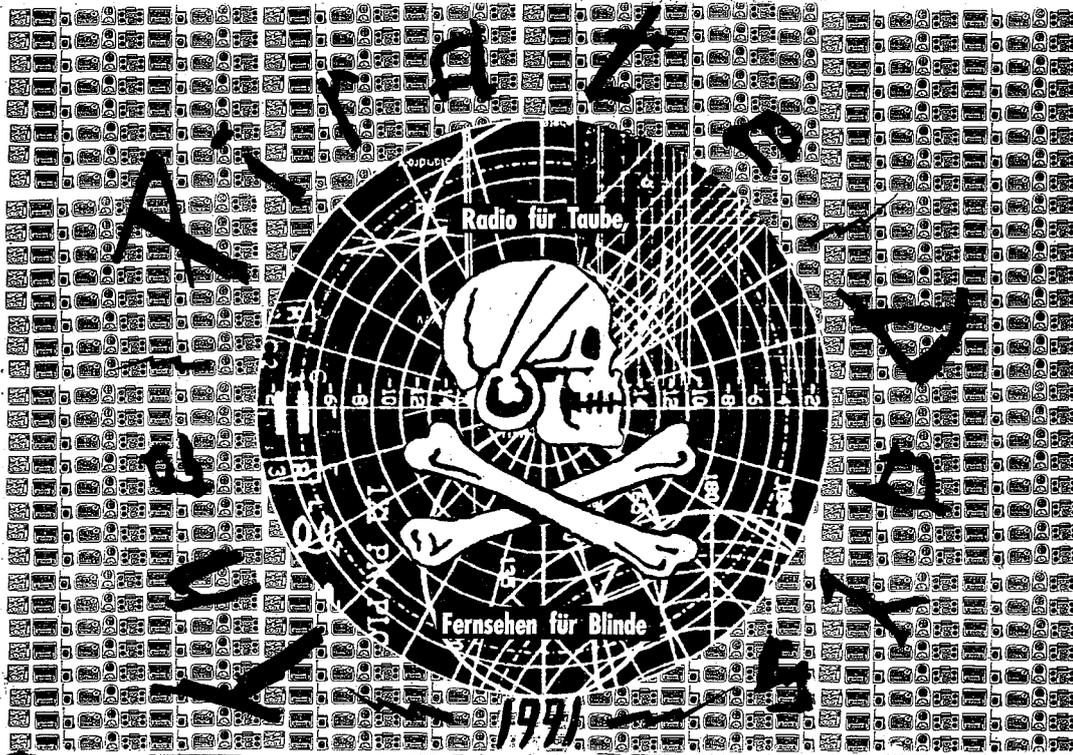
grundsätzlich was ändern muß. Da ist dann auch noch die Idee dazugekommen: "es muß eine eigenartige Medienszene her." Deshalb wollen wir einen Piratensender machen.

**ANNA:** Das haben wir so angefangen, daß wir ein großes Konzert, letztes Jahr am Karfreitag, veranstaltet haben, mit dessen Erlös wir eigenartige Medienprojekte unterstützen wollten. Bei den Konzerten geht's immer noch vor allem darum, daß wir uns einen Sender anschaffen können, daß Cash für das Projekt aufgestellt wird.

**ARTHUR:** Eine eigene Radiostation ist das, was wir wollen.

**ANNA:** Weil wir das so satt haben, was da abläuft. Es ist ein ganz egoistischer Grund, warum wir das gemacht haben. Wir wollen ganz einfach Sendungen machen, wie wir sie gerne hören möchten.

**ARTHUR:** Und da sind wir auch untereinander ganz uneins, das ist nicht so, daß alle dasselbe wollen. Ich zum Beispiel bin ein Fan von Berieselungsmusik der anderen Art. Daß ich aufdreh' und ich werde mit Musik, guter Musik sozusagen, berieselt, ohne Wortbeiträge, ohne Nix, einfach ein Musikwurm, das liebe ich. Wenn andere



Chance haben. Und dann ist das plötzlich in politische Arbeit ausgeartet, daß wir versucht haben, auf diese Gesetze Einfluß zu nehmen. Aber im wesentlichen geht's uns um das Boiler-Radio. Und der ganze politische Krimskrams, den wir initiiert haben, war sozusagen nur ein Nebenprodukt. Das ist nur Mittel zum Zweck, daß wir unser eigenes Radio haben können.

**ANNA:** Bei diesem Pirat-day da ist es ja so, daß nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern gesendet wird. Daß wir da nicht so ganz allein dastehen mit unserem Piratensenderchen, sondern daß da überall gleichzeitig etwas passiert. Daß die das nicht so einfach überhören und uns ab-

Post ab. Außerdem sind sie pragmatischer als andere Leut' behaupte ich immer, obwohl andere das bestreiten.

**BING:** Aber das ist ein anderes Thema. Zurück zum Boiler...

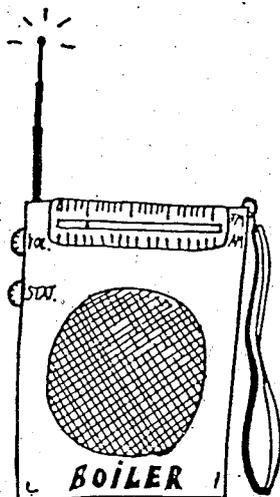
**ANNA:** Nun gut, angefangen hat das damit, daß sich Leute getroffen haben, die dagegen kämpfen wollten, daß die Musicbox abgeschafft wird. Dann haben wir uns dazu entschlossen, daß es zuwenig ist, nur defensiv vorzugehen, und nur zu sagen, die Sendung muß erhalten bleiben, denn damit wäre ja der Zustand des österreichischen Medienmarktes überhaupt nicht verbessert worden. Der ist ja so miserabel, daß man

Leute denken, da muß politische Message 'rübergebracht werden, ist das auch okay.

**ANNA:** Im Prinzip ist es dasselbe, was wir beim Boiler grundsätzlich wollen, irgendwie, daß die Vermittlung von Politik mit Spaß verbunden sein muß. Das ist eine ganz grundsätzliche Sache bei Boiler. Wir sind nicht die Straßenkämpfer, sondern auf irgendeine Weise die Spaß-Guerrillas. Aber es geht nicht darum, daß wir nur Spaß haben, sondern über Spaß und Unterhaltung vermitteln wollen, daß es um andere Sachen auch noch gehen kann, als das, was uns Ö3 oder die Kronen Zeitung oder irgendwas vermittelt. Oder daß wir uns abgrenzen mit dem was wir machen, von dem was da läuft.

**ARTHUR:** Da gibt's ja ganze Richtungen, Stilmittel, die von Ö3 überhaupt nicht verwendet werden. Ich denke da an die Möglichkeiten der Reportage. Hin und wieder sind Ö3-Leute auf Tour, aber nur mit großem technischen Aufwand. Aber dieses unmittelbare Senden, ein Reporter geht mitten in eine Demo, befragt Leute, berichtet mitten aus dem Geschehen, das gibt's bei uns leider nicht.

**ANNA:** In der Musicbox hat Werner Geier die Katharina Weingartner, die einen



Schiunfall gehabt hat, im Krankenhaus angerufen, fragt, wie geht's, und so und sie, danke, es geht schon, fängt an zu erzählen, daß sie nicht Schifahren war, sondern Bobfahren, daß der Unfall dabei passiert ist. Sagt Geier, das interessiert doch keinen, sagt die Weingartner, dann schneid's raus. Sagt Geier, das geht nicht, wir sind live auf Sendung. So etwas finde ich toll.

**ARTHUR:** Oder Stichwort Interview: Es wird selten ein Politiker live interviewt, denn man kann dann die ganzen Peinlichkeiten nicht wegschneiden.

**ANNA:** Dadurch, daß man Sachen einfach macht, kann man den Leuten etwas mitteilen. Beim nächsten Konzert, das wir machen, da spielt Chumba Wamba, die machen einen für Jedermann verständlichen happy-sound, den kannst du in der Soul-Seduction spielen, den kannst du überall spielen. In ihren Texten geht's dann aber um Ulrike Meinhoff, Stalinismus, da werden die härtesten politischen Inhalte in diesen happy-sound verpackt. Das paßt genau zu dem was wir wollen, gut wir sind nicht happy-peppy drauf, aber das Sakrileg, daß du über Spaß politische Inhalte vermitteln kannst, wollen wir begehnen.

**ARTHUR:** Breitenwirkung muß nicht notwendigerweise von politischer Aussagelosigkeit begleitet werden, das ist es.

**BING:** Der Boiler soll ein Wien-spezifischer Sender werden?

**ANNA:** An sich schon. Boiler ist ja eine ganz kleine Gruppe von wenigen Leuten. Wir wollen offen sein, für andere Leute auf unsrer Frequenz und das kannst du jetzt durchaus zweideutig verstehen.

**BING:** Wie stellt ihr euch das Programm vor?

**ANNA:** Ich gehe da vom Subjektivitätsgrundsatz aus. Ich bin Journalistin, und da geht's mir immer drum, daß ich objektive Geschichten schreibe. Ich hab' das total tief drinnen, zu jedem fair zu sein. Ich habe aber nun angefangen, ab und zu für's Flex Digest zu schreiben, und habe gemerkt, wie das schwer für mich ist, so richtig genüßlich subjektiv zu sein, habe aber gemerkt, daß das ganz fein ist, diesen ein wenig runterzudekeln, jenes in den Himmel zu heben, das macht einfach Spaß. So wie ein gutes Fanzine, den Flex Digest, kann ich mir auch den Sender vorstellen.

**ARTHUR:** Daß man nicht unbedingt Radio macht für den Hörer, sondern daß man genau so gut Radio macht für sich, daß es jederzeit Spaß macht.

**ANNA:** Daß ich gerade sagen kann, was ich in dieser Minute denke, am nächsten Tag aber die Dinge schon wieder ganz anders sehe. Du mußt immer abwägen, kannst du den Artikel so schreiben, den lesen doch viele Leute..., für mich ist das schwer, von

dem abzukommen.

**ARTHUR:** Sobald man sich an einem Zielpublikum orientiert, begeht man schon Selbstzensur, schnipp, die Schere im Kopf, obwohl man schon an gewisse Leute denkt, wenn man Radio macht, aber das ist dann eine private Sache.

**BING:** Wer ist dein Wunschhörer, der hinter dem Radio sitzt und deiner Sendung lauscht?

**ARTHUR:** Die Leute, mit denen ich sonst auch gerne zusammen bin.

**ANNA:** Mir geht's überhaupt nicht um Breitenwirkung, vielmehr darum, daß ich das mache, was ich selber gerne hören will. Wenn's dann noch welche gibt, die das auch hören wollen, dann ist das fein, wenn's gar niemanden interessiert, dann lasse ich das sein. Sobald es aber paar Leute gibt, die mir zuhören, dann hat's schon Sinn gehabt. Mir geht's da gar nicht um die breite Masse, die ist mir vollkommen scheißegal. □

Kontaktadresse: **BOILER**, Postfach 12, 1043 Wien

## VolksVERzählung 1991: Falsche Daten!

(TATblatt-Wien)

Die Volkszählung 1991 zeitigt ihre ersten präkeren Auswirkungen aufgrund fehlerhafter Datenübertragung: Im bekannten und vielgelesenen Zweiwochenmagazin TATblatt fanden sich auf einer viertel Seite gleich *zwei* falsche Daten. Und zwar ist das

### VolksVERzählungs-Telefon

Dienstags *nicht* — wie irrtümllich angekündigt — in Betrieb. Die tatsächlichen Zeiten sind:

**Donnerstag 17 - 19 Uhr, Freitag 19 - 21 Uhr**

Aber die Sache war halb so schlimm, denn auch die angegebene Telefonnummer war nicht richtig (zwei fehlerhafte Daten gleichen sich statistisch wieder komplett aus).

**Die richtige Nummer ist: (0222) 34 50 524**

Entgegen allen Vermutungen war die Adresse vollkommen richtig. Aber, um uns noch eine Chance zum Verhauen zu geben, hier gleich noch einmal:

### VolksVERzählungs-Büro

in der "Chuzpe", 1090 Wien, Marktgasse 21

**Das nächste VolksVERzählungs-Treffen findet am 18. März, 19.00 Uhr im Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8), Galerie, statt. ●**

# “Nationalitätenkonflikte” in der UdSSR

Nachstehend findet ihr einen aus der Wildcat geklauten Artikel, der vom Ausmaß und teilweise auch inhaltlich nicht ganz leicht zu lesen/zu verdauen ist. Doch es lohnt sich, besonders wegen diesem von der Linken so ausgesparten Thema. (TATblatt-Wien)

(Aus: Wildcat Nr.53/Dezember 1990 - ist wichtig bei Zeitangaben wie “im vorigen Jahr”)

Die Nationalitätenkonflikte in der SU sind keine “Folge” der Demokratisierung. Hier bricht kein “alter Hader” und auch kein vom stalinistischen Terror verdeckter Haß auf, zumindest nicht in erster Linie. Aus der Sicht von ArbeiterInnen und ProletarierInnen sind sie im Kern nichts anderes als regional völlig unterschiedlich gelagerte Kämpfe zur Absicherung oder Erhöhung von Lohn und Einkommen. In keiner Region wurde dabei von ihnen eine Art “positiver Utopie” hervorgebracht, sei es nun der Islam, der Markt oder ein Neuer Nationalstaat. Nur die neuen/alten Eliten haben da ihre klaren Vorstellungen und Konzepte.

Für ArbeiterInnen und ProletarierInnen sind Tradition, Nation und Religion Linien, entlang denen die knapper werdenden Güter gegen andere verteidigt werden, ganz gleich, ob es sich dabei um das Einkommen an sich handelt (Usbekistan), um Arbeitsbedingungen (Baltikum), um Lebensmittel (Kasachstan, Ukraine, Baltikum), soziale Einrichtungen (Njagorni Karabach/Aserbeidschan), oder um Wasserrechte (Tadschikistan) und Bauland (Usbekistan und Kirgisien).

## Aufschwung der Schattenwirtschaft ...

Um das besser zu verstehen, müssen wir das augenblickliche Kräfteverhältnis in der SU zwischen Bürokratie und aufstrebenden Eliten einerseits, den in Staatsbetrieben und Schattenwirtschaft Arbeitenden andererseits genauer betrachten. Die Schattenwirtschaft spielt bei den “Nationalitätenkonflikten” eine ganz entscheidende Rolle. Dabei handelt es sich um einen Bereich der Ausbeutung, der sich entweder aus den Fabriken und Staatsbetrieben heraus erst entwickeln konnte, oder sich unabhängig davon, aber parallel dazu bildete. Seine Voraussetzung war die massenhafte Proletarisierung von Subsistenzbauern und ihre Konzentration als LandarbeiterInnen und FabrikarbeiterInnen. Als Produktionsbereich hat die heutige Schattenwirtschaft in der UdSSR keine “Tradition”.

Das westliche Kapital zeichnet sich durch die Kontrolle über Produktions- und Lebensmittel aus. Über diese Macht verfügt der herrschende Apparat in der SU nicht. Er wird als “ausschließlicher Feind” gesehen und bekämpft sowohl von Teilen der Arbeiterklasse (z.B. den Bergarbeitern in der Ukraine und in Sibirien; den Erdölarbeitern in Sibirien) als auch von Technokraten und aufstrebenden Eliten der “Reformer”. Teile der Fabrikarbeiter vor allem in Moldawien und in den Rüstungsfabriken im Baltikum, die sich ursprünglich aus 100-prozentigen Bolschewiken rekrutierten, bekämpfen jede Verschiebung der Machtverhältnisse in Moskau. Diese Loyalität geht über die übliche “Sozialpartnerschaft” hin-

aus. Versorgt mit einer ganzen Reihe von “Privilegien” (sichere Wohnung, höherer Lohn, bessere Versorgung mit Konsumgütern); garantiert ihnen der herrschende Moskauer Apparat ein im Sowjetmaßstab erträgliches und nicht zu anstrengendes Leben.

Die herrschende Bürokratie hat weder Macht über die Verwertung noch über das Proletariat außerhalb der “Staatsbetriebe”. Um ArbeiterInnen dazu zu zwingen, daß sie mehr arbeiten, als sie zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft eigentlich arbeiten

Andererseits existiert vor allem in den asiatischen Republiken ein derart weit verbreitetes ökonomisches Netz (Produktion wie Versorgung) jenseits aller Kontrolle durch die Moskauer Zentrale, das breiten Teilen des Proletariats dort ermöglicht, nicht in staatlichen Betrieben zu arbeiten.

Derartige Schattenwirtschaftsstrukturen sind aber nur in Regionen möglich, in denen ein Gemisch aus verschiedenen Industriezweigen vorherrscht. In den Schwerindustriezentren der Ukraine und Sibiriens, wo es keine oder wenig Lebensmittelproduktion gibt, bekämpfen die ArbeiterInnen “Mafiastrukturen” von Betriebskadern, da sie an den ArbeiterInnen vorbei ablaufen. Eine der Forderungen der ukrainischen und sibirischen Bergarbeiter war die Verhinderung von Schiebergeschäften mit Kohle und Werkzeugen, da diese letztendlich auf Kosten ihrer Prämien laufen. Die ArbeiterInnen dieser Regionen sind voll auf die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern angewiesen. Die Hauptforderung bei ihren Streiks ist somit nicht nur “mehr Geld”, sondern auch eine bessere Versorgung.

Die Umstrukturierung der Verwertungsbeziehungen in der SU durch die verschiedenen Konzepte der Perestrojka zielt in erster Linie nicht auf eine “Modernisierung” der Produktion, sondern auf die Schaffung eines Proletariats, das ökonomisch in die staatlichen Fabriken und Betriebe getrieben werden kann.

Frühere Versuche, in den Fabriken eine höhere Produktivität durchzusetzen, scheiterten daran, daß es solch ein “freies Proletariat” nicht gab. Die “Anti-Alkohol-Kampagne” und die Erweiterungen des Prämiensystems waren ein Flop, da es keinen “freien Arbeitsmarkt” gab, in den hinein ArbeiterInnen entlassen werden könnten. Ein solcher “Arbeitsmarkt” hat keine disziplinierende Wirkung, wenn ein großer Teil der Entlassenen in die Schattenwirtschaft abtauchen kann.

Auch andere moderne Krisenstrategien, die der Apparat vom Kapital übernahm, wie die Preiserhöhungen, scheitern in den Re-



müßten, bedarf es einer “freien Proletariats”, die über keinerlei Lebens- und Produktionsmittel verfügt, die einzig ihre Arbeitskraft verkaufen kann, um zu überleben. In der SU haben Teile der ArbeiterInnen eine Schattenwirtschaft mitorganisiert, auf die das Kommando keinen Einfluß hat.

Mit Hilfe “staateigener Produktionsmittel” versorgen sie sich teilweise selbst. Unter Miteinbeziehung der unteren und mittleren Hierarchie haben sie in vielen Betrieben quasi die Verfügungsgewalt über Teile der Produktion und der Produkte.

gionen mit entwickelter Schattenwirtschaft, da die ArbeiterInnen dort mit der "Abschaffung des Geldes" reagierten. Mit einer noch weiteren Ausdehnung der Schattenwirtschaft wurde dem Rubel jede "Autorität entzogen", jemanden zum Arbeiten zu zwingen. Stattdessen wird fast alles schwarz besorgt und abgesetzt, nur noch der Tauschhandel zählt. Deshalb treffen die Preiserhöhungen neben den Rentnern vor allem die ArbeiterInnen in industriellen Monostrukturen, wie den Zentren der Schwerindustrie in Sibirien oder der Ukrai-



ne. Vielleicht ist das aber gar nicht so ungewollt. Auch der Tauschhandel beruht auf Produkten, die hergestellt werden müssen. Und hier liegt umgekehrt eine Perspektive für die Bürokratie, Leistung wieder durchzusetzen. Die Schattenwirtschaft setzt gleichsam "von hinten" Arbeitsdisziplin durch, zunächst unabhängig und unkontrolliert vom Moskauer Kommando, aber wesentlich effektiver als dieses. Sie ist keine "Befreiung", keine Unabhängigkeit, sie bedeutet, zumindest für die Produzenten, wesentlich mehr Arbeit.

**... und Kooperativen**

Einen Teil ihrer Kontrolle erhält die Moskauer Bürokratie dadurch wieder, daß sie mit der Einführung sogenannter *Kooperativen* (Privatbetriebe) den Schwarzmarkt legalisierte und selbst in beträchtlichem Maße in diesen einstieg. Diese Kooperativen haben in manchen Regionen das Monopol im Verkauf von Lebensmitteln. Beispielsweise in den Industriestädten Kasachstans schöpfen sie mit hohen Preisen die "zu hohen Löhne" (Innenminister Bakatin) der Arbeiter wieder ab. In Regionen, in denen ArbeiterInnen wegen der dortigen Industriestruktur keinen Nutzen aus der Schattenwirtschaft ziehen können, wird diese zum Frontalangriff auf Löhne und Einkommen.

Aufgrund ihrer ökonomischen Situation haben die ArbeiterInnen sehr unterschiedliche Interessen. Die Verschärfung der

"Versorgungskrise" ist aber nicht nur ein Angriff des Zentralstaates, sie drückt auch die Verfügung von Teilen der Klasse über verschiedene Produkte und deren Produktion aus. Beispielsweise weigerten sich die Landarbeiter bei der diesjährigen Ernte, mehr als das, was sie zu ihrem Bedarf sowie zum Tausch für Konsumgüter und Produktionsmittel benötigen, abzuernten. Daran änderte sich auch nichts, als der Staat die Löhne für die Erntearbeit verzehnfachte.

Bei der Verschärfung der "Versorgungskrise" brechen die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Teile von Arbeiterklasse und Proletariat offen auf. Sie müssen sich geradezu in "Nationalitätenkonflikte" entladen. Denn häufig entstehen "Nationen" erst aus der Erfahrung der gleichen materiellen Situation. Daher erheben sie einheitliche materielle Forderungen und haben einen Feind in Gestalt anderer "Nationen" vor Augen, denen es entweder besser geht, oder die durchgesetzte "Privilegien" gefährden.

An diesem Punkt berühren sich die Interessen der Arbeiterklasse und der aufstrebenden Eliten, die vor allem ihre Privilegien sichern und ausdehnen wollen. In *Volksfronten* mit überwiegend sozialdemokratischen Konzepten gelingt es ihnen teilweise, die Kämpfe von Proletariat und Arbeiterklasse für ihre demokratische Machtübernahme einzuspannen.

**Der Aufschwung der Volksfronten ...**

Ihren Ausgang nahmen die Nationalitätenbewegungen in den westlichen (europäischen) Republiken mit Protesten und Petitionen von Literaten, Philologen und Künstlern, die sich für die "Erhaltung des Kulturgutes und der Sprache" der jeweiligen Nation einsetzten - für die Schöngeister ein existenzielles Problem, müssen sie doch bangen, bald gar nicht mehr verstanden zu werden, weil die Sprache ausstirbt, in der sie sich ausdrücken. Erst später kamen Ökonomen und Wissenschaftler aus technischen und sozialen Bereichen hinzu. Die vereinigte Intelligenz machte sich für eine Forcierung der Perestrojka in "ihrer Republik" stark. Als Mittel zur Durchsetzung sahen sie die Beteiligung an den Obersten Sowjets der Republiken.

**... durch Ökobewegungen ...**

Vor drei Jahren waren für diese Bewegungen kaum Leute zu mobilisieren. Erst als in Armenien, in Bjelorußland, im Baltikum und der Ukraine breiter werdende Ökologiebewegungen entstanden und sich gegen den Zentralstaat in Moskau wandten, waren Demos mit 100 000 Menschen und mehr keine Seltenheit. Auch den Ökologiebewegungen stehen vor allem Intellektuelle vor. Sie werden aber auffallend stark auch von ArbeiterInnen mitgetragen. In allen Streiks der vergangenen zwei Jahre spielten die Forderungen nach Verbesserung der Umwelt-, und damit Lebensbedingungen

eine zentrale Rolle (bei den Bergarbeitern in der Ukraine das mit Chemikalien verseuchte Trinkwasser, bei den Bergarbeitern in Sibirien Wasser wie Luft).

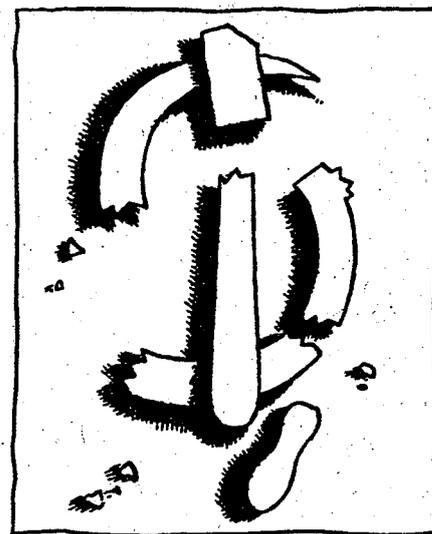
In Armenien ging der Konflikt um Njagorni Karabach aus einer Streikbewegung und Demonstrationen gegen eine Gummifabrik hervor. "Die Zentralregierung tut nichts, wir wollen in der Republik selbst mitbestimmen". Auch in den anderen europäischen Republiken fanden sich Nationalitätenbewegungen mit den Ökologiebewegungen zusammen.

Doch die Ökobewegungen laufen den Intellektuellen mehr und mehr aus dem Ruder. Bei einer Demonstration von weit über 100 000 Menschen gegen eine Kautschukfabrik in Jerewan wurde das KGB mit Leuchtkugeln und Mollies angegriffen, in Sibirien stürmten mehrere Tausend eine Chemiefabrik, die bei einem großen Teil der Bevölkerung Hautausschläge verursacht hatte.

**... und durch die Krise!**

Zudem bescherte die Krise in der gesamten SU den Nationalitätenbewegungen eine Massenbasis. Es kam die Idee auf, wenn die Republiken die Versorgung selbst regeln, gäbe es wieder mehr Konsumgüter - eine Logik, die sogar der gemäßigte Perestrojkaflügel um Gorbatschow verbrät.

Die *Volksfronten* sind jedoch eine fast ausschließlich "europäische Erscheinung".



In den asiatischen Sowjetrepubliken sind sie unbedeutend.

In agrarischen Regionen wie dem Fergana-Tal in Usbekistan oder auch Regionen in Kasachstan existieren Strukturen des Schwarzhandels und der Schattenwirtschaft, die vielen ProletarierInnen in traditionellen Sippenstrukturen ein Einkommen garantieren. Der Moskauer Zentralstaat hat auf diese Strukturen keinerlei Einfluß. Im Rahmen von Perestrojka, die in Usbekistan bereits 1983 begann, versucht der Zentralstaat diese "korrupten Mafiastrukturen" zu zerschlagen. Perestrojka ist damit ein klares Feindbild in diesen Regionen.

Volksfronten als Vermittlungsorganisationen dieser Strategie konnten sich nicht durchsetzen.

Der Haß auf die Perestrojka findet sich auch in den Industriestädten Kasachstans. Bei dem Aufstand in Novi Usen in der Ölförderungsregion von Kasachstan 1989 waren die *Kooperativen* neben Einrichtungen der Zentralgewalt Hauptziel der Angreifer.

Auch die *Aserbeidschanische Volksfront* unterscheidet sich von denen in Armenien oder im Baltikum beträchtlich. Zusammengesetzt aus Liberalen, Sozialdemokraten und muslimischen Gruppen war sie zunächst nur der Gegenpol gegen das *Karabach-Komitee* in Jerewan und andere tatsächlich nationalistische Gruppierungen. Diese sind vergleichbar mit den Zionisten in Israel und treten mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland für ein Großarmenisches Reich ein. Wie 80% der sowjetischen Muslime gehören auch die Aseris den Turkstämmen an. Deshalb tat sich die Volksfront anfangs schwer, eine eigene "nationale Identität" zurechtzubasteln. Ihre Hauptziele waren zunächst auch andere: Kampf gegen anti-armenische Ressentiments und für die Perestrojka. Diese ist ihrer Meinung nach die einzige Möglichkeit, "entwurzelte aserbeidschanische Marodeure" wie die "Mörder von Sumgait" sozial wieder einzubinden. Finanziert werden soll die Umstrukturierung in Aserbeidschan durch den Ausbau der Ölförderung. Deren Erlöse sollen nicht wie bisher an die Zentralregierung fließen, sondern in der Republik investiert werden. Die Intellektuellen der Volksfront in Aserbeidschan hatten jedoch keine Kontrolle über die von ihnen mit Parolen für "mehr Einkommen" mobilisierten Massen.

Die Volksfronten versuchen, Bewegungen und Kämpfe der Arbeiterklasse und des Proletariats für bessere Versorgung in eine Bewegung zur Modernisierung der Wirtschaft auf Republikenebene umzulenken. Bei aller Massenbegeisterung für die nationalen Bewegungen wird das aber gerade nicht gelingen. Der Nationalismus ist gepaart mit "Bezugsschein-Mentalität", wie es ukrainische *Reformer*, die in Rathäuser gewählt wurden, bereits zu spüren bekommen. Kommt die ukrainische Volksfront *Ruch* an die Macht, wird erwartet, daß auf der Stelle die Zigaretten billiger werden. Die ukrainischen Bergarbeiter, die in ihren Streiks im vergangenen Jahr mit "Nationalismus" nichts am Hut hatten, unterstützten mit einem sogenannten "politischen Streik" im Juni dieses Jahres die *Ruch*. Mit Forderungen nach Neuwahlen in der Ukraine und einer eigenen ukrainischen Armee schwenkten sie scheinbar auf Volksfrontlinie ein (30% der ukrainischen Bergleute sind Russen!). Sie erhofften sich von diesem Schwenk eine schnelle Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ihre Guld ist aber anscheinend am Ende. Bereits im Juni hatten sich Kumpel gegen die *Ruch* gewehrt. Ein derartiger Streik sei sinnlos, man hätte im letzten Jahr länger streiken sollen, damit hätte man mehr erreicht.

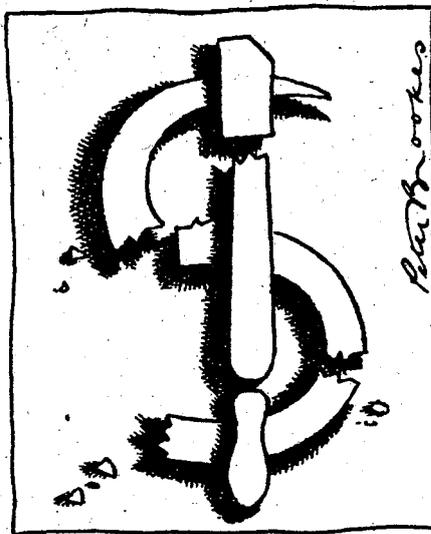
Die eng mit der *Ruch* zusammenarbeitenden *Streikkomitees* beklagen, daß ihr Vertrauensvorschuß bald verspielt sei, sie immer weniger Legitimation von Seiten der Arbeiter erhielten.

Überhaupt herrscht die Erwartung vor, daß alles wieder so wird "wie früher, wo es genug gab" - auch ohne größere Anstrengung. Motivation oder Leistungsbereitschaft, die "Republik aufzubauen", ist nicht zu sehen. Das heißt, wenn die Zentralregierung und die "Privilegierten" verjagt sind, kommen die Volksfrontregierungen unter Beschuß. An der Versorgungslage wird sich nichts verbessern, da es keine Mittel gibt, sozialdemokratische Geschenke zu verteilen und "der Westen" in den "Schlendrian" der Arbeiterklasse nichts investieren wird.

#### Der Kampf um Privilegien, Baltikum und Transkaukasus

Aus den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Transkaukasus und im Baltikum entstanden "nationale Bewegungen". Die Aseris kämpften nicht gegen die Zentralregierung und auch nicht für gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen. Sie richteten ihren Kampf hauptsächlich gegen Armenier, um sie zu verjagen und sich das wieder zu nehmen, was diese den Aseris weggenommen hätten.

Auch im Baltikum grenzen sich Teile der Arbeiterklasse in "Nationalitätenkonflikten" von anderen Teilen ab. Die verschärfte Versorgungskrise betrifft hier die langlebigen Konsumgüter. Das führte dazu, daß sich bei den Balten, die meist in der Landwirtschaft arbeiten, eine Bewegung für den Verbleib der in der Republik produzierten langlebigen Konsumgüter bildete. Ihr Motto: "Wir arbeiten mehr als Andere" bezieht sich auf die höhere Produktivität der baltischen Wirtschaft, die mit moderneren Anlagen ausgerüstet ist. Im Baltikum werden



die höchsten Löhne der SU gezahlt, die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist besser als in den anderen Republiken.

Der offene Rassismus gegen die Russen, die den größten Teil der Industriearbeiter-

schaft stellen, rührt von "Privilegien" her, die diese im Baltikum genießen. Die russischen ArbeiterInnen ihrerseits organisierten Massentreiks gegen die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen der Volksfront-Reformer. Streikziele waren der Erhalt des hohen Lohnniveaus, der besseren Güterbezüge und vor allem die Verhinderung von Entlassungen durch die Rationalisierung.

Die Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aseris entzündeten sich an der zu Aserbeidschan gehörenden, mehrheitlich von Armeniern bewohnten Bergregion Njagorni Karabach. Die dort lebenden Armenier, hauptsächlich im Weinanbau und in der Landwirtschaft beschäftigt, fordern schon seit langem von Moskau eine Versorgung mit Konsumgütern, die der von Armenien entspricht. Dort liegt das Einkommen höher als in Aserbeidschan, weil in der Landwirtschaft und den Fabriken von Moskau mehr Lohn gezahlt wird als auf den Baumwollfeldern, die die Wirtschaft Aserbeidschans dominieren. Armenien gilt im Kaukasus von jeher als privilegiert, wird besser mit Konsumgütern versorgt als andere Republiken, verfügt über eine bessere Gesundheitsversorgung, mehr Schulen und Kindergärten. Die "Freundschaft zwischen Russen und Armeniern" rührt von Seiten der Armenier daher, daß sie sich von den Bolschewiken befreit und zugleich geschützt fühlten vor dem türkischen Imperialismus.

Umgekehrt baute sich Moskau mit den Privilegien einen ruhenden, sehr loyalen Pol im ansonsten moskaueindlichen Kaukasus auf. Viele kaukasische Bergbauern erfuhren erst von der Revolution, als sie Anfang der 30er Jahre zwangskollektiviert wurden.

Mit Verschärfung der Versorgungslage und Demonstrationen gegen Schiebereien der Bürokratie wurde die Forderung breiter, den Obersten Sowjet in Armenien abzusetzen und Karabach der armenischen Unionsrepublik zuzuschlagen. Keineswegs dachten die Armenier daran, aus der SU auszusteigen.

Moskau reagierte mit einer großzügigen Spende von 1,2 Milliarden Rubel, mit denen in Karabach Krankenhäuser, Schulen, Gemeinschaftshäuser und eine Aluminiumfabrik gebaut werden sollten.

"Damit gäbe es in Njagorni Karabach mehr Krankenhäuser als in ganz Aserbeidschan" tönte es aus Baku. Die Reaktionen kamen prompt. Hunderttausende Aseris demonstrierten gegen die Bevorzugung der Armenier und gegen den Anschluß der Bergregion an Armenien. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen waren die Armenier in Karabach zuvor bereits in einen Generalstreik getreten. Die Rote Armee wurde eingesetzt, um die ArbeiterInnen, die sich hatten krankschreiben lassen, aus den Häusern zu holen und zur Arbeit zu treiben. Die Armenier begannen mit der Vertreibung von insgesamt 200 000 Aseris aus Armenien. Die Aseris ihrerseits fackelten in Karabach Häuser von Armeniern ab, stürmten Fabriken, demolierten sie und

verprügeln die Malocher. Ende Februar kam es dann in der aserbeidschanischen Hafenstadt Sumgait zu einem Pogrom gegen dort lebende Armenier.

Für Arbeiter und Techniker, die bereit sind, in anderen Republiken zu arbeiten, besorgt die Moskauer Zentrale Wohnungen. Sie werden auch überwiegend an besser bezahlten Arbeitsplätzen eingesetzt. Dazu kommt, daß die "Ausländer" in den Betrieben meist Kapos oder "Ingenieure" sind, wie das teilweise auch in der aserbeidschanischen Erdölindustrie der Fall ist. Ihnen scheint das Pogrom von Sumgait hauptsächlich gegolten zu haben. Ausgerüstet mit Namenslisten wurden zunächst gezielt Leute umgebracht, wie die Familie eines armenischen Funktionärs.

Andereits wurde ein "hohes Maß an Solidarität" zwischen Aseris und Armeniern deutlich (Jerewaner Volksfrontler). In "tausenden von Fällen" seien Armenier von ihren aserischen Arbeitskollegen gewarnt worden, hätten in Stadtvierteln Aseris armenische Nachbarn versteckt. Anscheinend existieren die "Nationalitätenkonflikte" unter ArbeiterInnen, die in Fabriken die gleichen Jobs machen, in der Form gar nicht.

Die Trupps, die in Sumgait 32 Armenier umbrachten, waren Jugendliche aus den Slums der Industriestädte, viele von ihnen aus Armenien verjagt. Allein in die Slums von Baku, in denen bereits Hunderttausende wohnen, kamen 100 000 aserische Flüchtlinge aus Armenien hinzu. Nur etwa die Hälfte der aserbeidschanischen Männer "hat Arbeit", so die offizielle Version für "arbeitet legal in einem Staatsbetrieb". Diese "Arbeitslosigkeit", auf die ich weiter unten noch genauer eingehe, gibt es unter den Frauen nicht. Ihr hoher Beschäftigungsanteil in den Staatsbetrieben senkt die "Arbeitslosigkeit" insgesamt auf 30%. Die meisten von ihnen arbeiten für niedrigste Löhne und in beschissensten Bedingungen auf den Baumwollfeldern. Wie in Usbekistan arbeiten kaum Männer auf den Feldern,

weil ihnen der Lohn "für diese Frauenarbeit" zu niedrig ist. Hier wird auch deutlich, daß die niedrigen Preise für Konsumgüter nicht unbedingt von der Subventionierung herrühren, sondern von Arbeitsbedingungen, bei denen jedes Jahr Massen von Frauen und Kindern draufgehen. Bisher scheiterten alle Versuche, die männlichen Arbeiter zur Arbeit in anderen Regionen zu bewegen. Viele zogen stattdessen aus den Baumwollregionen in die Slums von Baku.

Um dort aus ihren Behausungen aus

der demokratischen Machtübernahme durchgesetzt werden, aber mit Waffen auf Kosten Aserbeidschans vergrößert werden.

Die ArbeiterInnen in Aserbeidschan hatten direktere Ziele. Die Volksfront hatte in Baku im Herbst 1989 zu einem einwöchigen Generalstreik gegen die Annexion Karabachs aufgerufen, der in den meisten Betrieben des Landes durchgezogen wurde. Die Eisenbahner streikten länger mit eigenen Forderungen nach mehr Lohn und einer "Gefahrenzulage" für die Fahrten

durch Armenien. 25 000 Eisenbahnwaggons mit Gütern für Armenien stauten sich in Aserbeidschan, über die sich die Aseris wochenlang hin zusätzlich versorgten, bis Sondereinheiten des Innenministers den Streik und die Plünderungen beendeten.

Mittlerweile hatten sich Hunderttausende durch Überfälle

auf Militärstützpunkte mit Waffen versorgt. In Aserbeidschan verlor der Garant der Loyalität gegenüber Moskau, die Volksfront, mehr und mehr die Kontrolle. In 18 der 28 Bezirke Aserbeidschans wurde die Regierung durch die verschiedenartigsten Volksfronten übernommen, und wo die Sowjetbehörden nicht freiwillig das Feld räumten, wie in Lenkoran und Dschalilabad, wurden sie mitsamt ihren Bullen und Milizen aus der Stadt geschossen.

#### Usbekistan: Der Aufstand im Fergana-Tal

In den asiatischen Landregionen organisierten sich die Stämme bisher einen Teil ihres Einkommens in Clanstrukturen. Die Einkommensstrukturen wurden von Perestrojka und Krise angegriffen. Und die Perestrojka ermöglichte es anderen Bevölkerungsgruppen, ihre bisherigen Privilegien als Handelsstrukturen auszubauen. Sie wurden damit zur zusätzlichen Bedrohung des Einkommens vieler Proletarier und Arbeiterinnen der Stammbevölkerung.

In Usbekistan war in der Breschnjew-Zeit, gestützt auf traditionelle Zusammenhänge in Stammbevölkerung, ein Netz von



### Die Arbeiterklasse kennt keine Nation

Pappe und Holz rauszukommen, machte sich die Losung breit, die Armenier "aus unseren Wohnungen" zu jagen. Ungefähr 200 000 Armenier wurden bis heute vertrieben.

Bereits 1988 und 1989 war es in Armenien und in Aserbeidschan zu Generalstreiks gekommen. Das Karabachkomitee, den baltischen Volksfronten vergleichbar, organisierte in Jerewan im Sommer 1988 einen Generalstreik für die Angliederung an Armenien. Während in vielen Betrieben der Streik grundsätzlich gegen die Moskauer Zentralregierung verstanden wurde, und das Komitee Mühe hatte, die MalocherInnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, setzte es in anderen Betrieben sogar durch, daß die durch Streiks ausgefallene Produktion in zusätzlicher Wochenendarbeit nachgearbeitet wurde. Beides drückt unterschiedliche Vorstellungen von einem "unabhängigen Armenien" aus. Breite Teile der Arbeiterklasse erhofften zu dieser Zeit eine Verbesserung der Versorgung durch eine Unabhängigkeit Armeniens inklusive Njagorni Karabachs. Hunderttausende Armenier bewaffneten sich, allerdings nicht gegen Moskau, sondern gegen Aserbeidschan. Die "unabhängige Republik" sollte nach wie vor auf dem Wege

Beziehungen entstanden. In ihm wären die in der Schattenwirtschaft arbeitenden Proletarier, die Arbeiterinnen der Baumwollfelder mit den Schiebern und Schattenwirtschaftsbossen bis in die obersten Etagen der Bürokratie verweben. Ausgeschlossen blieben Mitglieder anderer Volksstämme, die keine Posten in der Bürokratie und keine Jobs in den von den Usbeken kontrollierten Bereichen bekamen.

Von den 100 in Usbekistan lebenden Bevölkerungsgruppen standen die Usbeken ökonomisch immer am beschissensten da. Nach offiziellen Angaben leben 80% von den Baumwollfeldern, auf denen aber fast nur Frauen arbeiten. In den seit Anfang der 80er Jahre von der Zentralregierung bekämpften sogenannten Mafiastrukturen arbeiten hauptsächlich junge Männer. Die Schattenwirtschaft gliedert sich in zwei Bereiche, Drogenanbau, -verarbeitung und -vertrieb sowie die Produktion und den Vertrieb aller möglichen Waren. Dazu wurden beispielsweise landwirtschaftliche Flächen, die vom Moskauer zentralen Plan für Viehwirtschaft oder Baumwollanbau bestimmt waren, für den Anbau von Mohn und Hanf genutzt. Oder in Betrieben, die von Usbeken kontrolliert werden, werden ausschließlich Waren für den Schwarzmarkt produziert. Der Umsatz dieser Produktion umfaßt viele Milliarden Rubel. Abgesichert wird das dann mit falschen Planerfüllungszahlen, die von den mit Usbeken besetzten Ministerien in Taschkent an die Moskauer Zentralbehörden weitergeleitet wurden. Das ganze war also ein weitverbreitetes System, um das Einkommen aller Schichten aufzubessern, für Bürokratie und Schattenwirtschaftsbosse natürlich ungleich mehr als für das Proletariat.

Ein Beispiel waren die falschen Planerfüllungszahlen im Baumwollanbau in den 70er Jahren. Um die Produktivität auf den Baumwollfeldern zu steigern, wurde von der Zentralregierung ein Leistungslohnsystem eingeführt, das aber gegen die Arbeiterinnen auf den Feldern nicht durchsetzbar war. Die Planzahlen wurden nie erreicht. Der Moskauer Zentrale wurden jedes Jahr neue Rekorde in der Planerfüllung gemeldet, und die schob jedes Jahr höhere Prämien nach Usbekistan. Zugute kamen die Beträge nicht den Arbeiterinnen auf den Feldern, die nach wie vor für niedrigsten Lohn arbeiten, sondern ihren Männern, die mit den Geldern in der Schattenwirtschaft beschäftigt wurden.

In einer Republik mit einer derart großen Schattenwirtschaft war kein Mann in staatliche Betriebe zu bringen. Die Zentrale in Moskau errichtete im Fergana-Tal eine ganze Reihe von Chemiefabriken, in die sie aber Russen stecken mußte. Als Reaktion auf die Kämpfe zwischen Usbeken und Meßscheten 1989 sah die Zentralregierung vor, 200 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, was aber vergeblich sein dürfte, da es in Usbekistan keine Macht gibt, die die Schattenwirtschaft zerschlagen könnte. Das aber wäre die Voraussetzung für einen "freien

Arbeitsmarkt", um die Männer in Staatsbetriebe zu treiben.

Die Strukturen unter den Usbeken haben sich nicht erst in den 60er Jahren gebildet. Schon Stalin hatte enorme Mühe, das Fergana-Tal militärisch einzunehmen und zu befrieden. Die Subsistenzstrukturen wurden mit dem alles freisessenden Baumwollanbau zerstört. Gleichzeitig gelang es auch, die islamischen Traditionen zu vernichten. Um die dennoch sehr starken Bindungen der Usbeken untereinander zu zersetzen, deportierte Stalin andere Stämme, wie die Meßscheten, ins Fergana-Tal. Die haben sich dann in den 60er Jahren einige "Privilegien" erkämpft, beispielsweise die Erlaubnis, Obst und Gemüse anbauen zu dürfen, was ein wesentlich höheres Einkommen garantiert als die Baumwollernste.

Zum Kampf zwischen beiden Volksgruppen kam es, als die Meßscheten seit Beginn der Perestrojka begannen, Kooperativen aufzubauen und für ihre Produkte kräftig die Preise erhöhten. Dazu kam, daß die Meßscheten von Moskau mehr Wohnraum und Bauland zugeteilt bekamen als die Usbeken.

Die Usbeken kamen in LKW-Kolonnen in die Städte der Meßscheten. Sie waren mit automatischen Waffen ausgerüstet. Eine organisierte Sippe ging gegen die andere los. Hier spielen keine romantischen Solidaritätsgefühle oder Vorstellungen von "Gerechtigkeit" eine Rolle, auch "die Tradition" und der Islam haben keine Bedeutung als Utopie. Darauf setzte nur die Zentralregierung. Sie schickte die letzten verbliebenen Imame auf die Aufständischen los, um sie im Namen des Islam zu beruhigen. Die Menge drohte, ihnen sämtliche Barthaare auszureißen, wenn sie nicht verschwinden würden.

Auch die Dorfältesten, die Moskau danach bemühte, um zum Frieden aufzurufen, scheiterten. Nach dem Appell der Ältesten ging es erst richtig los. Der Aufstand in Fergana war ein proletarischer Verteidigungskampf gegen einen anderen Teil des Proletariates.

Er hat nichts Richtungsweisendes, nichts Befreiendes an sich, vor allem nicht für die auf den Baumwollfeldern an den Arbeitsbedingungen langsam kriechenden Frauen, deren Ausbeutung sich durch die usbekischen Verteilungsstrukturen kaum geändert haben dürfte. Baumwollpflücken ist "Frauenarbeit", die Männer jobben bei der Mafia.

#### Nowi Usen/Kasachstan gegen Staat und Mafia

An der Versorgung, sei es durch Privilegien des Staates oder durch eine Beteiligung der ArbeiterInnen und ProletarierInnen an der Schattenwirtschaft, lassen sich Unterschiede im Kampfverhalten erkennen, auch was die "Nationalitätenkonflikte" betrifft.

In der Industriestadt Nowi Usen in der kasachischen Ölindustrie am Kaspischen Meer ging von Jugendlichen im Sommer

letzten Jahres ein Aufstand aus, der sich gegen Staat und Lebensmittelmafia richtete. Zwei Wochen lang lieferten sie sich Kämpfe mit Sondereinheiten des Innenministeriums. Trotz Abriegelung der Stadt griff der Aufstand auf die gesamte Region über. Die Aufständischen stürmten Verwaltungsgebäude, Parteigebäude der verhassten KP sowie das Wasserwerk. Es war immer wieder zum Gegenstand des Hasses der ArbeiterInnen geworden, weil Trinkwasser rationiert wird, um die Industrie und die Landwirtschaft mit Wasser zu versorgen.

Der Aufstand wurde durch die überhöhten Lebensmittelpreise der Kooperativen ausgelöst. Sie liegen in den Händen kaukasischer Schwarzhändler. "Die Kaukasier" waren das Hauptziel der Jugendlichen, sie wurden verprügelt und aus der Stadt gejagt, ihre Geschäfte geplündert und abgeackelt.

Aus "Kaukasier" (Aserbeidschanern) rekrutiert sich auch die gesamte Kapo-Riege der Ölfelder. Auch sie wurden angegriffen und wagten sich nur noch im Pulk, teilweise bewacht von der Miliz, in die Ölfelder. Mit "Nationalitätenhaß" gegen die Kaukasier hatte der Aufstand nicht viel zu tun. Es wurden lediglich gezielt Leute angegriffen, die maßgeblich für die beschissenen Lebens- und Arbeitsbedingungen verantwortlich sind. Dazu gehörten auch Parteibonzen, und die werden der "Nationalitätenkonflikte wegen" von der Stammbevölkerung, also den Kasachen, gestellt.

Der Unterschied zwischen dem Fergana-Tal und Nowi Usen besteht darin, daß in der Kasachischen Ölindustriestadt keine Einkommen verteidigt werden, obwohl es auch dort Einkommen aus der Schattenökonomie gibt. Viele der Jugendlichen gelten als "arbeitslos", das heißt, da es kein Einkommen für Arbeitslose gibt, arbeiten sie in der Schattenwirtschaft. Als sie "die Kaukasier" angriffen, griffen viele von ihnen nicht nur die Schieber an, sondern auch ihre Arbeitgeber.

Der Unterschied zwischen beiden Regionen liegt zum einen an der Monostruktur der Ölförderung, das heißt, es gibt keine anderen Industrien, zwischen denen sich eine Schattenökonomie entwickeln könnte. Zum anderen sind die Industriestädte der kasachischen Region gerade mal 20 oder 30 Jahre alt. Hier fehlen traditionelle Clanstrukturen, wie im Fergana-Tal, mit ihrer disziplinierenden Wirkung.

In Nowi Usen gibt es anscheinend nichts zu verteidigen, weder "Privilegien" des Staates noch Einkommen der Mafia. Das einzig Verbindende mit dem Fergana-Tal ist der Haß auf die Perestrojka. Sie verschärfte die Lebensmittelknappheit und trieb mit ihren Kooperativen die Preise in die Höhe.

#### Die Arbeiterklasse kennt keine Nation

In den "Nationalitätenkonflikten" in einigen Republiken drückt sich eine Struktur innerhalb der Arbeiterklasse aus, die fabrik-

übergreifend einheitliche Bedürfnisse und Forderungen aufstellt und zu erkämpfen begonnen hat. Meist kämpfte sie bereits vorher gegen die Zentralregierung, aber ohne den gewünschten Erfolg. Daß sich die ArbeiterInnen auf die Parolen von der "unabhängigen Republik" einlassen, ist Ausdruck dafür, daß sie nicht bereit sind, für ihre Forderungen "produktiv Initiative zu ergreifen". Sie überlassen dies neuen/anderen Funktionären. Aber weder sind diese in der Arbeiterklasse verankert - Ausnahme ist hier wahrscheinlich Armenien - noch drückt dies ein "demokratisches Bewußtsein" der Arbeiterklasse aus. Im Gegenteil: bereits jetzt wird deutlich, daß die ArbeiterInnen nicht viel Geduld mit neuen Machthabern in den Republiken haben werden. Noch mehr Forderungen tauchen auf und werden immer massiver vorgetragen, während niemand daran denkt, dafür mehr zu arbeiten. Die Kohleförderung in der Ukraine wird z.B. weiter gesenkt; andererseits lassen sich die ArbeiterInnen immer weniger für demokratische Belange wie eine neue Verfassung gewinnen.

Die neuerlichen Auseinandersetzungen in Kiew sind vor allem von Studenten getragen, die tagtäglich in die Fabriken laufen, "um die Arbeiter zu holen". Die jedoch erscheinen nicht so zahlreich wie gewünscht.

Dies alles trifft jedoch nur für die Kämpfe zu, die sich ausschließlich auf Strukturen der Arbeiterklasse stützen und aus diesen heraus organisiert wurden. Ganz anders sieht es beispielsweise in Aserbeidschan und in Usbekistan aus. Hier wurden keine Forderungen anderer Schichten "mittransportiert".

Die Aufstände waren ein Ausdruck von Strukturen, an denen Teile des Proletariats zwar teilhaben, die sie aber nicht bestimmen. Weder waren in Usbekistan alle Teile der Arbeiterklasse beteiligt, noch gab es Ansätze, die Spaltung zwischen den Arbeiterinnen auf den Baumwollfeldern und den Proletariern in der Schattenwirtschaft, die von Teilen des Proletariats, den Männern, mitgetragen wird, aufzuknacken. Im Gegenteil, es ging in den Aufständen gerade um die Verteidigung dieser Spaltung.

Weder die Zentralregierung noch die Parlamente in den Republiken, in denen die Volksfronten mehr und mehr mitregieren, werden die Forderungen der Arbeiterklasse nach einer besseren Versorgung und überhaupt nach einem besseren Leben erfüllen können. Dazu müßten sie eine Steigerung der Produktivität gegen die Arbeiterklasse durchsetzen, und das gerade schaffen sie ja nicht. Republikübergreifend werden sich die Kämpfe angleichen und aufeinander beziehen, gegen den Zentralstaat und gegen die Republikreformer. Ausgenommen die Teile der Klasse, denen es um den Erhalt von Einkommen und Privilegien geht (Usbekistan, teilweise auch Baltikum).

Es gibt keine "ökonomische Autarkie" der Republiken, die Arbeitsteilung innerhalb der SU trägt zu einer weiteren Vereinheitlichung der Kämpfe bei. Über die Kooperation in den einzelnen Sektoren und über direkte Kontakte zu ArbeiterInnen in anderen Republiken, läuft ein Austausch über Arbeitsbedingungen und Kampferfahrungen. Litauische Landarbeiter aus Eiskju fahren ein paar Kühe tausende Kilometer nach Sverdlovsk in Sibirien, um sie

gegen Ersatzteile für ihre Melkmaschinen einzutauschen. Sie schlachteten die Kühe dort und nahmen sie wieder mit samt den Ersatzteilen, weil die Malocher in Sverdlovsk sie gerne geräuchert haben wollten, und es dort keine Räucherboxen gibt. Sibirische Malocher fahren ein paar Wochen später nach Litauen, bringen eine neue Melkmaschine mit, holen sich die geräucherten Kühe nebst Hühnern und Eiern ab. Ein anderes Beispiel sind die Strukturen zwischen sibirischen und ukrainischen Bergarbeitern, über die der Streik im vergangenen Jahr über tausende von Kilometern hinweg koordiniert wurde. Ein drittes Beispiel sind die Erdölarbeiter in Tjumen/Sibirien, die ihre gesamte Ausrüstung aus Fabriken in Aserbeidschan bekommen. Die Streiks in Aserbeidschan trugen mit dazu bei, daß in Sibirien immer weniger Öl gefördert wurde, da sich die Arbeiter in Tjumen mehr und mehr weigern, mit den verammelten Produktionsmitteln weiterzuarbeiten. An die Drosselung der Produktion hängten sie eigene Forderungen nach einer besseren Versorgung und besseren Wohnungen.

Neue nationalistische Spaltungslinien, die die Volksfronten gegen die sich mehr und mehr "zusammenschiebende" Arbeiterklasse ins Feld führen, zeichnen sich bereits ab. Die territorialen Ansprüche der Volksfronten kommen sich ins Gehege, beispielsweise Moldawien und die Ukraine. Es ist fraglich, ob für diesen Feldzug "nach außen" noch einmal ArbeiterInnen zu mobilisieren sind. Denn die begreifen immer deutlicher, daß ihre Interessen denen der neuen Eliten frontal gegenüberstehen.

## Repression in Griechenland

(A.)

1. Drei politische Gefangene, eine Frau und zwei Männer, die seit dem 21.11. (90?, Anm.Tb) im Knast sind, haben Anfang Februar einen Hungerstreik begonnen. Heute, am 3. März ist der 43. Tag des Hungerstreiks. Es gibt eine sehr breite Unterstützung, darunter sind auch Abgeordnete, Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsorganisationen; es wurden zahlreiche Protestschreiben verfaßt.

Ihre Fingerabdrücke wurden, so eruierte die Polizei, auf mehreren Objekten gefunden: auf einem Privatbrief, der eine politische Diskussion beinhaltet, auf einer Hülle, in der sich Photos befanden und auf einem Prospekt einer allbekannten Firma, die allerdings Waffen herstellt. Die Fingerabdrücke wurden in einem Raum entdeckt, in dem ein an bewaffneten Auseinandersetzungen Beteiligter wohnt.

Man will die Verdächtigten nun in Tarnnähe rücken, bzw. ihnen Mittäterschaft anhängen.

Die Indizien sind mehr als dürftig: der Untersuchungsrichter hat sogar den Ge-

genständen, auf denen sich die Fingerabdrücke befanden, Anklagerelevanz aberkannt. Akteneinsicht ist verwehrt worden; erst nach 20 Tagen Hungerstreik wurde sie endlich konzidiert. Es kamen aus den Akten nur die Fingerabdrücke heraus, sonst nichts. Rosina Bergner wurde heute ins Spital entlassen, da sie sich bereits in einem lebensgefährlichen Zustand befand.

2. Nach Veröffentlichung eines Kommuniqués der Organisation 17. November im Januar in einer Athener Tageszeitung im Zusammenhang mit einigen Anschlägen auf Objekte der Hauptkriegstreiberstaaten wurde ein Verbot und eine extrem hohe Geldstrafe verfügt. Ein Antiterrorgesetz war im vergangenen Jahr verabschiedet worden, das für solche Aktionen bereits den euro-gesetzlichen Boden bereitete. Gegen das letzte Verbotsdekret lief eine breite linke (und linksliberale) Öffentlichkeit Sturm. Mensch hat heute noch von der faschistischen Junta genug, die ständig Zeitungstafel verbieten ließ. Diese relativ starke und breite Öffentlichkeit nimmt sich auch der vielen AusländerInnen an, die in der letzten

Zeit von der Polizei wahllos zusammengeschlagen wurden und werden, sowie der ArbeiterInnen, die des Landes verwiesen wurden.

3. Auf Kreta, wo sich die US-Basis befindet, gibt es seit Sommer vergangenen Jahres einen stark in der Bevölkerung verankerten Widerstand. Im vergangenen Jahr bereits fand eine Demonstration mit 5000 TeilnehmerInnen statt. Laufend werden dort Leute in Untersuchungshaft gezwungen. *Manolis Tsinarakis* ist seit etwa 5 Monaten in Haft. Für ihn und für den Anarchisten *Vardis Tsouris* lief kürzlich eine landesweite Kampagne, Tsouris konnte freigelassen werden. Ein Rechtsanwalt, sowie der Vorsitzende eines Arbeiterkulturvereins wurden - gegen Bezahlung einer sehr hohen Kautions - freigelassen.

Protestschreiben übernimmt: *Bewegung zur Verteidigung Politischer und Sozialer Rechte* (Kínisi Iperáspisis Politikón ke Kinonikón Dikeomáton), fax: 0030-1-3613928

# “Herr”-schaftsinstrument Wissenschaft

## Gedanken zur Inkompetenz herrschender Wissenschaft

Daß die herrschende Wissenschaft ein Aberglaube und damit bloß ein Instrument der Machthabenden ist, hat sich auch in linken Kreisen kaum herumgesprochen. Die Wissenschaftsgläubigkeit, und der Respekt vor dem elfenbeinernen Turm sind tief verankert. Die folgende Serie versucht die Manipulation durch die herrschende Wissenschaft, sowie den Widerspruch zwischen Wissenschaft und emanzipativen Bewegungen darzustellen, unterstützt durch einen Vergleich mit Stammeskulturen und dem bäuerlichen Volkswissen.

(Ronald Schuecker)

### DIE UNFÄHIGKEIT ZUR WAHRNEHMUNG

Wissenschaft normiert das Denken durch aufwendige Modellstudien und Statistiken, erklärt banale Vorgänge durch unverständliche Theorien und versteckt ihre Aussagen hinter nichtssagenden Computeranalysen - und das alles aus purem Mißtrauen gegenüber der menschlichen Wahrnehmung. Sie hat noch nicht begriffen, daß es gerade diese Verkomplizierung des Erkenntnisweges ist, die Kreativität und Spontaneität zerstört und einen Großteil der Menschen von ihren Tätigkeiten ausschließt. So wird Wissenschaft zum Aberglauben einer Kaste die sich vorbehält un-

oder Wunschprojektion für die eigenen Theorien verwendet. So werden - wissenschaftlich abgesichert - Ergebnisse erzielt, die unreal sind. Der Wert dieser Aussagen ist genauso hoch einzuschätzen wie die Bibelinterpretationen diverser Sekten. Beides ist die Reflexion des Unbewußten und spiegelt in erschreckender Weise die Wahnbilder dieser Gesellschaft wieder, ja versucht sie in vorausseilendem Gehorsam noch zu perfektionieren. Ursache dieses Dilemmas ist das mangelnde Bewußtsein über eigene Wünsche und Zielvorstellungen. Die arbeiten dann im Unterbewußtsein weiter und beeinträchtigen die Wahrnehmung. Die Wissenschaftler denen ihre eigenen sensomotorischen Prozesse unbekannt beziehungsweise unheimlich sind versuchen sie radikal zu unterbinden: Wenn sich Professor X, Mitarbeiter der Bundesanstalt für Pflanzenschutz, von der Gentechnologie erhofft, daß sie die steinzeitlichen Triebe und Instinkte wegzüchten werde, da sie nur unnötiger Ballast seien, meint er die Kreativität die ungeachtet der wissenschaftlichen Normen versucht, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Dekan Y erklärte bei der Bestellung eines Kollegen zum Vorstand des Genetikinstitutes, daß es die Gentechnologie ermöglichen werde, die Gehirnströme des Menschen zu lenken. Das ist also die Zukunftsvision - der Mensch als fernsteuerbarer Zombie. Derartige Aussagen sind keinesfalls nur verbale Entgleisungen einzelner. Hält sich doch in Wissenschaftskreisen hartnäckig die Meinung, daß der Mensch eine biologische Fehlkonstruktion sei, da sein

Gehirn wie das Geweih des bereits ausgestorbenen Riesenhirsches überdimensioniert sei(!). Den Humanbiologen Z führte diese Kluft zwischen Wissenschaft und Realität auf das Glatteis: Vor einer Mittelschulklasse erklärte er, daß künstliche Auslese des Erbgutes nicht sinnvoll wäre, da niemand vorhersagen könne, wie sich die Menschheit weiterentwickeln werde. Auf dem Konvent einer Burschenschaft vertrat er die konträre Ansicht: Nur rigorose Auslese könne das Erbgut der Menschheit retten.

Was veranlaßt einen Wissenschaftler sich auf derartige Weise von einem Dr. Jekyll in einen Mr. Hyde zu verwandeln ?

### DIE GRENZEN DER PSYCHOANALYSE:

Klaus Theweleit zeigte im Buch “Männerphantasien” auf, daß die Psychoanalyse nur einen Teil der Geisteskrankheiten erklärt. Freud geht davon aus, daß psychische Störungen von verdrängten Kindheitswünschen herrühren. Fehlprägungen, die durch politische Ideologien und unbewußte Indoktrinierung entstanden sind, hat er nicht berücksichtigt. Die Psyche des Menschen ist aber nicht durch den Chemismus des Körpers begrenzt, sondern ein Spannungsfeld das über die Körpergrenzen hinausragt und mit den Schwingungen der Umwelt in Verbindung steht (Siehe dazu auch Wilhelm Reich “Das Orgon”). Ihre Ströme können eingedämmt und in das Korsett einer Ideologie gezwängt werden. Theweleit nannte dieses Korsett Körperpanzer. Diese Verrücktheit ist nicht so leicht zu erkennen wie die Freud'sche Version, da sie erst dann zu Tage tritt wenn diese Wahnidee, bzw. Ideologie in der Person selber zusammenbricht. Der/die Kranke belügt sich daher selber und versucht diesen Irrtum durch eine doppelte Moral vor der Bewußtwerdung zu schützen. Während Theweleit diese Phänomene an Hand faschistischer Freikorps beschrieb und sie für ein grundlegendes Element des Faschismus hielt, sind sie tatsächlich der ganz normale Wahnsinn der herrschenden Wissenschaft und die Ursache ihrer Unfähigkeit zur Wahrnehmung.

### EINE LANDSCHAFT INS LEBEN SINGEN - DAS WISSEN DER ABORIGINIES

Die Aboriginies erzählen, daß das Land von ihren Vorfahren ins Leben gesungen wurde und Menschen, Tiere, Pflanzen erst

Wir hoffen, mit den beiden Artikeln “HERR”-schaftsinstrument und Tödliche Ethik wieder einmal eine Diskussion anzuzetteln. Ganz gut paßt hoffentlich dazu auch der Stil, in dem die Artikel abgefaßt sind, sowie der Hinweis darauf, daß die Artikel nicht der ungeteilten Meinung der Redaktion entsprechen. Besonders hingewiesen sei auch darauf, daß wir bei der Einschätzung

Wir hoffen, mit den beiden Artikeln “HERR”-schaftsinstrument und Tödliche Ethik wieder einmal eine Diskussion anzuzetteln. Ganz gut paßt hoffentlich dazu auch der Stil, in dem die Artikel abgefaßt sind, sowie der Hinweis darauf, daß die Artikel nicht der ungeteilten Meinung der Redaktion entsprechen. Besonders hingewiesen sei auch darauf, daß wir bei der Einschätzung

## VORSICHT !

## DISKUSSION KONTROVERSE

ng Darwins und seiner Stellung zum Sozialdarwinismus, zum Teil eine ganz andere Meinung als

Hugo (tödl. Ethik) hatten. Zum Artikel “Herr”-schaftsinstrument folgt übrigens im nächsten TATblatt ein zweiter Teil, der aus Platzgründen in dieser Nummer nicht zu finden ist.

Hinzugekommen ist dann noch der Artikel zur Frauendemo, der nichts mit den oberen beiden Artikel zu tun hat, schon aber diskutiert werden will.

gefragt in das Leben der übrigen Menschen einzugreifen. Sie ist unfähig echtes Wissen zu vermitteln. Ohne die Zusammenhänge im Großen zu kennen, beschäftigen sich ganze Forschungsprojekte mit der nervalen Verschaltung von Spinnenbeinen oder mit der Simulation eines Flusses in Fließbrinnen, die bloß Dachrinnenformat haben. Die Logik solcher Untersuchungen ist einfach zu erklären: Von irgendwo wird ein Teil herausgenommen und als Meditationsobjekt

nes Kollegen zum Vorstand des Genetikinstitutes, daß es die Gentechnologie ermöglichen werde, die Gehirnströme des Menschen zu lenken. Das ist also die Zukunftsvision - der Mensch als fernsteuerbarer Zombie. Derartige Aussagen sind keinesfalls nur verbale Entgleisungen einzelner. Hält sich doch in Wissenschaftskreisen hartnäckig die Meinung, daß der Mensch eine biologische Fehlkonstruktion sei, da sein

entstanden sind, weil sie die Ahnen gedacht haben. Diese bewußte Wahrnehmung setzt ein hohes Wissen und gutes Gefühl über den menschlichen Erkenntnisablauf voraus. Tatsächlich können wir erst dann etwas begreifen, wenn wir uns davon ein Bild gemacht haben (etwas denken), es hinausprojizieren (im Falle der Aboriginies hinaus-singen) und darüber das Feedback, die Bestätigung von der Außenwelt erhalten. Die Wissenschaft zerstört diese Gedanken meist noch bevor wir sie formulieren können und ersetzt sie durch ihre starren Denkmuster (Bevormundung). Damit hindert sie die sensomotorischen Kreislaufprozesse in uns. Wir können das Feedback der Außenwelt nicht mehr wahrnehmen, tappen im Dunkeln und sind auf Versuch und Irrtum angewiesen. Die Wissenschaft hat sich mit dem trial and error System, das sie an Ratten testete, selber karikiert. Sagt die eine Ratte zur anderen: "Du, ich habe meinen Wissenschaftler prima abgerichtet. Immer wenn ich auf die rote Taste drücke, gibt er mir ein Weizenkorn." In Wahrheit sitzen ja die Wissenschaftler selber in der blackbox. Von Außenreizen unbeeinflusst können sie sich in ihrem Elfenbeinturm ungestört der Selbstdressur hingeben. Dieses nicht zu Rande kommen mit der Realität zwingt sie getreu ihrem Versuch und Irrtum Prinzip streng linear hierarchisch zu denken (A

schließt auf B, B auf C... usw.). Damit ist es aber unmöglich größere Zusammenhänge zu erfassen wie es jeder normale Mensch tut und es unabdingbar für das alltägliche Leben ist: Die Bauern und Fischer rund um den Attersee gaben den Winden je nach Stärke, Richtung, Temperatur, Luftfeuchte eigene Namen. So wurde jeder Wind zu einem eigenen Wesen mit unverwechselbarer Persönlichkeit. Sie mußten keine langwierigen Messungen anstellen, um Informationen über das Wetter zu erhalten. Menschen mit einem unverkrampften Verhältnis zu ihrer eigenen Wahrnehmung haben einen hohen Sinn für Rhythmus, Harmonie und Zusammenhänge und sehen daher mehr. Für die Wissenschaft hingegen ist die menschliche Psyche ein Unsicherheitsfaktor. Sie kann sich ihr nur nähern, indem sie sie zerstört und aus diesen Stücken einen neuen Menschen, das Frankenstein-Monster; den (gen)manipulierten Menschen formt. Wahrnehmung und die herrschende Wissenschaft sind Gegensätze. Erstere belebt (etwa die eigene Umwelt, wie es die Ahnen der Aboriginies taten), letztere entlebendigt und verzerrt.

#### ZERLEGE UND HERRSCHE!

Das Leben ist die Summe der Einzelorganismen. Aber erst der Stoffwechsel, der

ständige Auf- und Abbau ermöglicht dieses Leben. Diese chemischen Prozesse setzen Energie (=Schwingung) frei, benötigen aber auch Energie, damit sie sich in Gang setzen. Diese 3 Ebenen bedingen einander und stehen daher in Wechselwirkung. Werden sie in Biologie, Chemie und Physik getrennt, kapiert mensch nichts davon. Ein dynamisches Gleichgewicht kann nur als Ganzes oder überhaupt nicht verstanden werden. Gerade dieses umfassende Verständnis wird von der Wissenschaft und ihrer Manie, zu zerlegen, derart unverschämt unterdrückt, daß einem/r die Spucke wegbleibt. In einer Kleinkariertheit sondergleichen grenzen einzelne Wissenschaftler, aber auch ganze Disziplinen ihren Fachbereich ab und verklusulieren die Informationen nach Geheimdienstmanier in Statistiken und Computeranalysen. So verhindern sie eine offene Kommunikation. Reden Wissenschaftler von Vernetzung meinen sie bloß das Spinnen von Intrigen, durch die es dann unmöglich wird den roten Faden zu legen. Ist man/frau von diesen willkürlich festgelegten Grenzen der einzelnen Disziplinen unbeeinflusst, kann über die Verbindung der 3 zuvor erwähnten Ebenen ein Kenntnis erreicht werden, die die Wissenschaft niemals erlangen würde, ja durch ihr idiotisches Herumgetue geradezu verhindert. ●

## Tödliche Ethik

Die "wissenschaftlichen" Begründungen von Auslese und Ausmerze sind keine Erfindungen des Nationalsozialismus in Deutschland. Schon im 19. Jahrhundert entwickelte Darwin seine Theorie vom "natürlichen" Dasein. Dieses Gesetz aus der Tierwelt übertrug der Biologe auf die menschliche Gesellschaft, daher "Sozialdarwinismus". Damit war eine Theorie geschaffen, die die Herrschaftsverhältnisse quasi wissenschaftlich rechtfertigte und somit festigte.

(Hugo)

1920 veröffentlichten Karl Binding (Hochschullehrer für Strafrecht an den Universitäten Basel, Straßburg und Leipzig) gemeinsam mit dem Freiburger Psychiater und Hochschulprofessor Alfred Hoche eine Abhandlung mit dem Titel "Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens.-Ihr Maß und ihre Form."

Mit dieser Schrift wurde erstmals der Versuch unternommen, die Tötung lebensunwerten Lebens theoretisch zu begründen und zu rechtfertigen; die Diskussion zu verwissenschaftlichen. Von Juristen und Medizinern wurde die Diskussion begeistert aufgenommen und konsequent weitergeführt bis sie 1939 unter dem Namen "Euthanasie-Aktion" für viele Menschen das Todesurteil bedeutete.

Nicht der glühende Faschist sondern vielmehr der Forscher mit seinem unbändigen Forschungsdrang war es der selektierte und so identisch mit ihm wurde.

275.000 Menschen: Behinderte Kinder, PsychiatriepatientInnen und schlußendlich Arme, Alte und "Assoziale" die von Exper-

ten als "lebensunwerte Ballastexistenzen" oder als "geistig Tote" eingestuft wurden, sind 1939-1945 vergiftet, vergast oder dem Hungertod ausgeliefert worden. Traditionell diesem Zeitgeist entsprechend hielt Bentley Glass 1970 in seiner Abschiedsrede als Präsident der "American Association for the Advancement of Science", einer einflußreichen Forschungsförderung, fest, daß "in Zukunft kein Elternpaar mehr das Recht haben soll, die Gesellschaft mit mißgestalteten oder mit einem geistig unfähigen Kind zu belasten."

Analysen bestimmen das Wertbild des Menschen. Der Australier Peter Singer, Professor der Philosophie in Clayton, Victoria(AUS) und Direktor des dortigen "Centre for Human Bioethics" vertritt getreu seiner Logik als Tötungsphilosoph die Meinung: "Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht...Infantizid (Kindesmord, Anm.Tb) und insbesondere die Tötung behinderter Kinder durch Nahrungs-/Therapie-Entzug oder Medikamen-

te ist zulässig."

Diesem Wiederbetätigungsphilosophen gab der ORF am 18.7.1989 im "Club 2" unter der Frage "Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht zum Leben?" die Gelegenheit seine Tötungsideen zu propagieren.

Neben zahlreichen Buchpublikationen gründete er 1987 zusammen mit Helga Kuhse die internationale Vierteljahresschrift "Bioethics" (Oxford 1987 ff.).

Bei seiner BRD-Tour erhielt Peter Singer Unterstützung von der deutschen Wochenzeitung "DIE ZEIT" sein "Unwert-Denken" mit Forderungen nach Legalisierung der aktiven "Euthanasie" lancierte.

Wer und was sind nun die Katalysatoren dieser "neuen" tödlichen Ethik, die ein solches Gesellschaftsbild und bzw. Menschenbild prägen? Schon ein Jahr nach der Aussage von Bentley Glass wurde in der BRD (1971) die erste Humangenetische Beratungsstelle eingerichtet. Die Angst vor den Umweltskandalen (Giftmüll, Chemie-u. Atomunfälle), die in immer stärkerem Ausmaß unser Leben belasten wird zum Kalkül

derer, die mit unserer Angst arbeiten. Die Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen steigt. Das neue Zauberwort heißt pränatale Diagnostik. Die Ängste der Frauen werden kanalisiert und somit von den eigentlichen Verursachern wie Chemiekonzernen, Atomlobby, Giftmüllproduzenten abgelenkt.

Inzwischen gibt es in der BRD über 41 Humangenetische Beratungsstellen, die den Frauen suggerieren, durch die Inanspruchnahme medizinischer Möglichkeiten (Ultraschall, Fruchtwasseruntersuchung,...) das Risiko eines behinderten Kindes zu beseitigen.

Es ist die alltägliche Normalität, das Erfassen und Aufarbeiten der Daten, das Einpflanzen des Selektionsgedankes in die Köpfe der Menschen, die die Gefährlichkeit dieser Institute ausmacht.

Weniger als 0,5% der Erbkrankheiten lassen sich mit vorgeburtlicher Diagnostik feststellen. (lt. "Clio")

Aber: Ca. 10% aller Behinderungen werden durch Geburtsschäden und Einflüsse während der Schwangerschaft verursacht.

Diejenigen, die sich dieser Kontrolle widersetzen, droht ein ganzer Sanktionskatalog: Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten, wenn behinderte Angehörige nicht mehr über die Solidargemeinschaften wie z.B. Krankenkassen oder Rentenanstalten unterhalten werden;

Einschränkung der individuellen Mög-

lichkeiten, wenn Frauen für die Versorgung der Behinderten allein zuständig sind.

#### Gesellschaftliche Ausgrenzung etc...

In diesem gesellschaftspolitischen Klima ist es auch möglich, ein EG-Forschungsprojekt zur "Prädiktiven Medizin" vorzustellen mit dem Namen: "Analyse des menschlichen Genoms (Gesamtheit der Gene, Anm. Tb) (1989-1991)".

Durch die eindeutige und direkte eugenische (au die "Erbgesundheit" abzielende, Anm. Tb) Zielsetzung des Projekts kam es zu Protesten und schließlich zum vorläufigen Stopp des geplanten Programms.

Hier noch ein kleiner Einblick in die pervertierten Gehirne einiger EG-Rassehygieniker. Auszug aus dem Programm:

"...Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß wir in der Lage sein werden die umweltbedingten Risikofaktoren vollständig auszuscheiden, ist es wichtig, daß wir soviel wie möglich über die Faktoren der genetischen Prä-Disposition lernen und somit stark gefährdete Personen identifizieren können. Vorgeschlagen wird eine neue Art prädiagnostiver Medizin, die darauf abzielt, Personen vor Krankheiten zu schützen, für die sie von der genetischen Struktur her äußerst anfällig sind, und gegeben(en) falls die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern..."

Und nicht nur in Deutschland nutzte man das Klima dieses Zeitgeistes aus. In Frankreich reichte die französische Elternvereinigung APEH (Vereinigung zur Ver-

hütung behinderter Kinder) eine Petition im franz. Parlament ein, wonach die Tötung (geistig) behinderter Kinder straffrei sein soll wenn ein Arzt "einem Kind von weniger als 3 Tagen die zum Überleben notwendige Pflege verweigert", so die Petition. Begründet wird die Forderung: 'Es gibt zu viele Behinderte und sie seien zu teuer. Das wäre noch zu verschmerzen, heißt es, aber - und hier wird wieder "Last" überdeckt - die Behinderten selbst würden ja nur leiden, und nicht nur sie sondern auch ihre Familien. Petition Nr. 357/8; 5.10.88. In den USA wurden schon in den siebziger Jahren viele schwarze US-AmerikanerInnen Opfer von Ungleichbehandlung, nachdem breit angelegte Untersuchungen sie als TrägerInnen des Sichelzellenanämie-Gens (krankhafte Veränderung von Blutzellen, Anm. Tb) ausgemacht hatten. Aber auch heute werden den Menschen Arbeitsplätze und Krankenversicherungen verweigert. Gendiagnosen hatten ergeben, daß sie genetisch mit bestimmten Krankheiten vorbelastet seien.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten brauchen wir eine breite Diskussion, bei der persönliche und politische Fragen behandelt werden. Erst dadurch kann sich das Thema "Humangenetik" zu einer politischen Frage herauskristalisieren, die dieses System angreift. Wie sieht eigentlich unser Menschenbild aus, wie weit bewegen wir uns in den herrschenden Denkmustern? ●

## Eine Frauendemonstration zur Unterstützung des HERRschenden Patriarchats!

(eine Frau)

Ich bin bitter enttäuscht über die Frauen, die sich in ihrem Widerstand gegen das Patriarchat in das patriarchale System mit so wenig Widerstand einfügen haben lassen. Werden wir Frauen denn noch nicht genug vom System der Herren mißbraucht, als daß es nicht auch schon die letzte vom System gefangene Frau spürt! Seitdem mir bewußt wurde, was diese Unterdrückung der Frauen überhaupt ist und wer es ist, lebe ich im Kampf mit mir selbst. Sich "schön" zu machen, zu schminken, sich "schön" zu kleiden, "schön" zu geben, das gesamte Denken beeinflußt von dem Gedanken, zu gefallen, seit dem Tag, an dem ich geboren wurde — eingepflegt, von Unwissenden. Es funktioniert nicht so einfach, zu erkennen und zu handeln, bewußt gegen die "natürlichen Charaktere" der Frau, also gegen mich selbst vorzugehen, zu lernen, sich natürlich zu verhalten!

Zu lernen, daß bewußtes Denken und dementsprechendes Verhalten politisch ist!

Meine Frage an die organisierenden 42 Frauenorganisationen der Frauendemo und an die daran teilnehmenden Frauen (die Männer kommen später noch) ist, wie sie sich wehren wollen, wie dieses sich wehren denn aussehen soll?

War die diesjährige Frauendemo, an der ca. 200 Frauen teilgenommen haben, alles, was wir dem Patriarchat entgegensetzen haben? Oder war die Frauendemo gar keine Frauendemo, sondern nur eine Demo? Ich möchte den Frauen die, ebenso unbefriedigt nach Hause gegangen sind, wie ich, mit diesem Artikel in dieser Zeitung, die von einem 'gemischten' Kollektiv "geschrieben" ist und wird, die weitere (hoffentlich) stattfindende Diskussion "anbieten". Frauenzeitungen wie AUF, ANSCHLÄGE und FRAUENSOLIDARITÄT sollten eher die "Strategie" des Frauenwiderstandes gegen die Repressionen des HERRschenden Machtapparates beinhalten als das TATblatt. Die Begründung meiner Meinung, eine tiefere Diskussion über uns Frauen in Frauenzeitungen und -plena zu führen, ist die, welche in der "Natur der Sache" liegt = Frauen sind keine Männer.

#### MÄNNER

-sind zwar mit aller Wahrscheinlichkeit, die ich zur Zeit aufbringen kann, ebenfalls Opfer des HERRschenden Systems, jedoch ist es den Frauen nicht allein, vorbehalten gegen das Patriarchat anzukämpfen. Männer, welche gegen das Patriarchat demonstrieren würden, hätten mit aller Bestimmtheit die Solidarität der Frauen, warum auch nicht, aber Frauendemo bleibt Frauende-

mo. Aus diesem Grunde werden Männerdemos begrüßt, aber Männer auf Frauendemos ist unvereinbar. Wir Frauen kämpfen gemeinsam gegen den, der uns unterdrückt, anmacht, betatscht und vergewaltigt; Wir haben ganz bewußt den 'gemischten' Kampf abgelehnt.

Was für mich noch wichtig ist, in 'gemischten' "Verhältnissen" zu kritisieren, um somit vielleicht eine Diskussion anzuregen, sind die Pseudo-Antipatriarchen. Mein Verständnis für die Männer ist insofern beschränkt, als daß ich eine Frau bin. Daher würde ich es sehr begrüßen, auch und speziell Männer anzuregen, auf dieses Thema zu reagieren. Es geht mir schlecht, mit Männern zu "leben", die mir gegenüber und auch nach außen hin allgemeines Verständnis für das "Frauenproblem" entgegenbringen, aber sich nicht wirklich auf dieses "Problem" einlassen. Es ist ein sehr heikles Thema, weil ich selbst mitbekomme, wie schwer es ist, sich gegen HERRschende Gebote aufzulehnen. z.B.: Was hat es mit den weiblichen Endungen und dem Miteinbeziehen der Frau in die maskuline Sprache auf sich? Wie wichtig ist es für den Kampf gegen das Patriarchat? In genauem Fall, wie wichtig ist es den Männern?

gemischte, vermischte Grüße ●

# Achtung! Achtung! Achtung!

## TATblatt—Fest (ihr wißt schon, zwecks Kohle und so) VERSCHOBEN !!!

Freitag 29.3.91

Ernst-Kirchweger-Haus (1100, Wielandgasse 2-4) ab 19 Uhr

mit Live-Band NAR MALIK (Geheimtip) + Überraschungsband !!!  
und türkischer Tanzgruppe  
und mit TOMBOLA !!!

Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt sein !!!

### TERMINE:

#### GRAZ

##### UNI GRAZ

Mi.20.03. 20h:VOLKSZÄHLUNG – Podiumsdiskussion mit Othmar Brigar (Initiative Informatik Betroffener), jemand vom Statistischen Zentralamt, einer von der Stadt

#### WIEN

##### FLEX: 1120, Arndtstr.51

Sa.16.3.:WILD BILL HEADLY (Wiener Billy)

So.17.3.:MILITANT MOTHERS, GETEILTE KÖPFE(hannover)

Do.19.3.:JODY FORSTER ARMY(usa)

Sa.23.3.:SOULSTORM BRD CROSSOVER, DAS DRAMABAD

Sa.30.3.:X-SANDRA (Yug. Punk), KHL (Steyr Punk)

außerdem:

jeden Mittwoch: Boiler Live Pool

Mi.13.3.:PRICKS

Mi.20.3.:3 GORDONS

Mi.27.3.:FETISH 69

jeden Sonntag 18-24h:INFOCAFE & VIDEO

##### EKH: 1100, Wielandgasse 2-4

jeden Mo. und Do. ab 19h: VOLXKÜCHE

Mo. bis Fr. 12-18h: FRÜHSTÜCKSBUFFET - "Ohne Mampf kein Kampf"

alle 14 Tage RECHTSHILFEDISCO: nächste vorraussichtlich Do.21.2.

Fr.15.3.:Konzert MISSING FOUNDATION, New York City Industrial Riot Soundtrack (statt Tb-Fest, auch nicht schlecht, oder?)

WLUK: 1090, Währingerstr.59

So.31.3.:Boiler & Dead Mountains-Konzert: CHUMBA WAMBA, SUPP. DOG FACED HERMANS(gb) VHS Wien-Nord: 1210, Angerer-

#### SAATEN DES WIDERSTANDES

— Solidaritätstage zu El Salvador und den Philippinen 11.-21.3., Foyer der TU Wien; 1040, Wiedner Hauptstraße: **In den Trümmern liegt die Hoffnung** – Fotoausstellung über El Salvador

11.-21.3., Hochschülerschaft BOKU Wien; 1190, Peter Jordan Straße 76/Ecke Dänenstraße: **Reise in den Inselalltag** – Fotoausstellung über die Philippinen Mo.18.3. 19.30h; 1090, Studentinnencafe in der Berggasse 5: **...aber ihr müßt auf das hören, was wir nicht sagen dürfen** – szenische Lesung von Texten zu den Philippinen und El Salvador

Di.19.3. 19.30h; AAI, 1090, Türkenstr.3: Podiumsdiskussion: **Gott der Befreiung und Götzen der Unterdrückung** – Christinnen in der Befreiungspraxis

Mi.20.3. 19.30h; AAI: Podiumsdiskussion: **Heißer Krieg gegen den Süden** – Der Golfkrieg und seine Folgen für die "Dritte Welt" am Beispiel Zentralamerikas und Südasiens Do.21.3. 14h; ÖH der BOKU Wien; 1190, Peter Jordan Straße 76, Seminarraum: **Die verlorene Illusion** (Video + Vortrag) – Fünf Jahre Aquino auf den Philippinen

Do.21.3. 19.30h; AAI: **Die Qual der Wahl** – El Salvador nach den Parlamentswahlen, Video + Diskussion mit VertreterInnen des El Salvador-Komitees weitere Infos: **Philippinen-Komitee**, Tel.:0222/487530

#### straße

4.4.:Volkszählung-Podiumsdiskussion mit Othmar Brigar und einem Vertreter des Statistischen Zentralamts

#### Freizeitzentrum WU: 1090, Augasse 2-6

Fr.15.3. 18.30h: Podiumsdiskussion zu Neofaschismus, Veranstalter von Basisgruppe WU

#### Amerlinghaus: 1070, Stifto.7

Mo.18.3. 19h, Galerie: VOLKSVERZÄHLUNGS-TREFFEN

Di.19.3. 19h, Galerie: Kurdistan im Schatten des Golfkriegs, Vertreter aus versch. Teilen Kurdistans sprechen über die Auswirkungen des Golfkrieges.

Di.19.3. 19.30h: Frauenprojekte – Situation der Frauen in Nicaragua nach den Wahlen

#### AAI: 1090, Türkenstr.3

Fr.22.3. 19h:FRAUEN IN NAMIBIA, 1 Jahr nach der Unabhängigkeit

#### NIG: 1010, Universitätsstr.7

Mi.20.3. 20h, Hörsaal III: Podiumsdiskussion zu den Themen:

- An welchen Fronten stehen die Friedensbewegungen in Europa?
  - Ist der Golfkrieg eine Aktion der UNO in der neuen Weltordnung?
  - Die Auswirkungen des Golfkriegs auf die neue Weltordnung, besonders auf die Palästina-Frage.
- mit Prof.Hans Köchler, Uni Innsbruck, Dr.Karam Khella, Uni Hamburg, PLO-Vertreter

#### REPUBLIKANISCHER CLUB:

##### 1010, Rockhgasse 1

Mo.11.3. 19h: Europäisierung der Minderheitenpolitik

Mo.18.3. 19h: Memorial: Österr. Stalinopfer

Di.19.3. 19h: Diskussion: Gezähmte Polizeigewalt

Seminar "Krieg am Golf, Krieg in den Köpfen" genaueres beim Republikanischen Club erfragen, Tel.:0222/5359962

#### GRUWI: 1090, Wasag.12

jeden Freitag 18h trifft sich die Gruppe OBDAHLLOS

#### WELS

Alter Schlachthof: 4600, Dannebergstr.22

Fr.15.3.:MARC RIBOT & ROOTLESS COSMOPOLITANS

Sa.16.3.:ICED EARTH

Di.19.3.:Film: Positiv – Die Antwort schwuler Männer in New York auf AIDS

Mi. 20.3.:Schweigen = Tod – Künstler in NY kämpfen gegen AIDS

Do./Fr.21./22.3.:Schrei der Angst – ein Drama in vier Abschnitten

von Jack Unterwiesinger

Di.26.3.:HAWKWIND

Fr.29.3.:Kabarett: Richard Schuberth

Sa.30.3.:50 Jahre Peter Brezmann – the "märz" combo

#### SCHWERTBERG

##### KANAL, Josefstal 21

Fr.15.3.: Peter Hollinger, Alter Touch, DJ-Megasaft

Mi.20.3.: Vortrag:Private Versöhnung und was mensch dagegen tun kann

Fr.22.3.: Volkszählung '91 ein Bericht von Othmar Brigar

Sa.23.3.: RADIO SEMPRE ET UBIQUE (Radio immer und überall)

# Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ...eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

#### Die TATblatt-Kollektive:

**TATblatt-Wien:** 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543;

Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

**TATblatt-Graz:** Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

**TATblatt-Linz:** Treffen:

NEU: jeden Dienstag(!) um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

**TATblatt-Innsbruck:** Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

## ...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

Und nicht vergessen: Jeden Freitag, 16.00 Uhr Radhausplatz (bisher nur in Wien) Radldemo!!

## ...und im Einzelnen:

**WIEN 1:** ● BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachios (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgassee 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

**Achtung AbonnentInnen!** Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

### Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

